



Bischöfin Heike Springhart der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Frank Mentrup, halten die Fahne der 11. ÖRK-Vollversammlung gemeinsam mit Mitgliedern des Koordinierungsbüros in Karlsruhe, der Messe Karlsruhe und des ÖRK.

Foto: Marcelo Schneider/ÖRK

Auswertung der ÖRK-Vollversammlung

Inhalt: Auswertung der Vollversammlung (4), Rückblick von H. Bosien (6), Ukraine-Erklärung (8), Naher Osten-Erklärung (9), Rückblick von G. Rein (10), Umstrittene Texte von Steinmeier und Sauca (14), Erfreuliches (17), Grußwort von Assa Karam (18), Enttäuschendes (21), Aufruf von Kairos Europa (22), Ökumenische Bildung (29), Ukrainische Pazifisten (31), Nein zu Waffenlieferungen (33), Andacht in Bad Boll (35), E. Lange zur Ökumenischen Utopie (42) Brief von Girock (43).

Gott der Liebe und Barmherzigkeit,
du bist der Ursprung allen Lebens und
alles Guten.

Deine überreiche Barmherzigkeit strömt
allen frei zu.

L: Wir sagen Dank, dass deine Liebe in
Christus uns Tag für Tag stärkt und
erneuert.

Wir sagen Dank, dass dein
lebensspendender Geist uns
zusammenbringt, um deinen Willen und
deinen Weg zu erkennen.

L: Wir sind bestärkt darin, uns den
Herausforderungen der Welt, die
du liebst, mit Hoffnung, Mut und
schöpferischer Energie zu stellen.
Durch deine göttliche Gegenwart
haben wir einen Vorgeschmack auf die
zukünftige Mission und werden für neue
Unternehmungen gestärkt.

L: Möge tiefe Weisheit uns leiten auf
unserem Weg, der uns teilhaben lässt
an deinem Werk der Liebe. Wir haben
Vertrauen in deine große Treue.

Amen.

Eines der Morgengebete

bei der ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe

Zu diesem Heft

Die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe (31.08. - 08.09.2022) hat die kirchliche Presse nicht zu einer breiten Berichterstattung verführen können. Das deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt hat in der September-Ausgabe das Ereignis nicht erwähnt, und Publik-Forum begnügte sich mit reichbebilderten sechs Seiten. Das lag wohl auch daran, dass bei den strittigen Themen – die Stellung der russisch-orthodoxen Kirche zu Putin; Israel - ein Apartheidstaat? – es keine Für-oder-Wider-Entscheidung gab. In beiden Fällen gab es Verständnis für die jeweiligen Sichtweisen und damit das Eingeständnis, dass man in der Ökumene mit gegensätzlichen Meinungen leben müsse.

Besonders hinweisen möchte ich auf das Unterthema ökumenische Bildung, das der Freundeskreis des Plädoyer für eine ökumenische Zukunft mit gewissem Erfolg in die ÖRK-Vollversammlung eingebracht hat (s. S.29). Der Freundeskreis hatte nach den Gründen gefragt, warum der ÖRK kaum mehr in den säkularen Medien vorkommt und auch vielen Christen unbekannt ist. Einer der Gründe dafür ist der Abbau der einst starken Bildungsarbeit des ÖRK, auch infolge zurückgehender Zuschüsse von Seiten der Mitgliedskirchen. Der Freundeskreis hat mit einem Bildungs-Workshop und einem „Call to Act“ darauf reagiert. Damit wurde ein gewisser Erfolg erzielt: Die Laienbildung wurde in die Programme Guidelines (das künftige ÖRK-Programm) aufgenommen. - In Vorbereitung des Workshops hat der Freundeskreis eine umfangreiche **Website** erstellt. Siehe: www.freundeskreis-plaedoyer.de

Auch in Karlsruhe gab es mehrere kritische Parallelveranstaltungen zum offiziellen Programm. Ein umfangreiches Programm, das die Krisen nicht nur beschreibt, sondern analysiert, hat das breite Bündnis von Basis-Ökumenikern, casa comun, organisiert und angeboten. Der ÖRK wollte die Weltwirtschaft und die Marktwirtschaft nicht zu einem Großthema machen. casa comun dagegen: „Unser Zeitalter des Mammons ist ein Katastrophen-Kapitalismus.“ Den casa comun-Aufruf haben wir vollständig ins Heft gestellt.

Es grüßt mit Dank an den Freundeskreis, casa comun und an DiMOE in ökumenischer Verbundenheit.

gez. Werner Gebert

Impressum

Pro Ökumene Informationsdienst

herausgegeben von

**Pro Ökumene - Initiative in
Württemberg**

Redaktionskreis

Werner Gebert,
Banweg 14
72131Ofterdingen

Hans Norbert Janowski
Milchstr. 12,
73728 Eßlingen

Waltraud Müller-Hartmann,
Burgfelder Str. 15
70567 Stuttgart

Ulrich Schmitthenner,
Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart

Harald Wagner,
Neuhaldenstr. 37/2
70825 Korntal-Münchingen

Pro Ökumene-Vorstand:

Bernhard Dinkelaker
Jürgen Quack
Harald Wagner

Pro Ökumene e.V. - Vorsitzender:
Harald Wagner

Rechnerin

Ingeborg Schön

Kontaktadresse

Harald Wagner,
Neuhaldenstr. 37/2
70825 Korntal-Münchingen
Tel.: 0711- 75 88 26 27

Bankverbindung

Evang. Kreditgenossenschaft
IBAN:
DE75 5206 0410 0000 4155 61
BIC: GENODEF1EK1

**Pro Ökumene
Initiative in Württemberg
gehört dem
Ökumenischen Netz Württemberg
(ÖNW) an**

PRESSEMITTEILUNG VOM 17. OKTOBER 2022

„Das können wir viel mehr haben“

Auswertung der 11. ÖRK-Vollversammlung in der Evangelischen Akademie Bad Boll

Unter den mehr als 4000 Christen bei der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe waren 25 Botschafterinnen und Botschafter der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll zogen sie mit weiteren Interessierten Bilanz: Welche Impulse aus Karlsruhe wirken weiter?

„Wenn irgendjemand denkt, dass die Kirche auf dem absterbenden Ast ist, der war nicht in Karlsruhe“, stellte der Reutlinger Prälat Markus Schoch fest. Stark beeindruckt haben in Karlsruhe die gemeinsamen Gottesdienste mit ihrem mehrstimmigen Singen. „Ich habe auf der Vollversammlung erlebt, was Kirche sein kann“, sagte Pfarrerin Dorothee Eisrich aus Schorndorf. „Kirche ist keine Institution, Kirche ist eine Bewegung.“ Doch Eisrich hat auch eine Enttäuschung erlebt. Sie war entsetzt, in Karlsruhe so wenige deutsche Prälaten und Bischöfe zu treffen. „Sie haben eine riesige Chance verpasst.“ Für Eisrich steht fest: „Wir haben die falsche Agenda. Die Welt brennt, und wir beschäftigen uns mit dem Pfarrplan. Das große ethische Problem Nordeuropas heißt ‚wir sind uns selbst genug‘.“

Internationales vor der Haustür

„Es bleibt, dass wir besser spüren können, wir sind ein Teil der weltweiten Christenheit“, sagte Albrecht Haizmann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Baden-Württemberg (ACK). „Wir müssen uns von ganz woanders her etwas sagen lassen.“ Die internationale Vielfalt sei nicht auf eine Vollversammlung alle acht Jahre beschränkt, sagte Prälat Schoch: „Das können wir viel mehr haben.“ Andere Kulturen lebten direkt vor der Haustüre, es gebe viele internationale Kirchengemeinden in Baden-Württemberg. „Wir sollten das nicht nur als Exotik, sondern als Ressource sehen.“ Oberkirchenrat Ulrich Heckel lobte das große Engagement des Dienstes für Mission, Ökumene und Entwicklung der württembergischen Landeskirche (DiMOE) für die Vollversammlung und die – so der aktuell formulierte Schwerpunkt – „Ökumene der Herzen“. Doch es soll nicht nur bei Formulierungen auf Papier bleiben: „Die Dokumente und Verlautbarungen müssen wir jetzt ganz genau studieren“, sagte Schoch, „damit können wir arbeiten.“

Den Tisch erweitern

Pfarrerin Simone Sinn vom Ökumenischen Zentrum in Bossey (bei Genf) würdigte die Erklärung der Vollversammlung zur Einheit der Christen. Weiterhin sei das Ziel im ÖRK, den Tisch zu erweitern, mehr Kirchen am internationalen Dialog zu beteiligen, über die großen Kirchen hinaus. Auch werde das Ziel eines gemeinsamen Abendmahls nicht aufgegeben, selbst wenn diese Gemeinschaft weit entfernt liege. Die gegenseitige Anerkennung der Gottesdienste stehe und falle mit der gegenseitigen Anerkennung der Ämter, auch von Frauen. Was motiviert Sinn, sich trotz Widerständen beharrlich für die Ökumene einzusetzen? „Ich halte mich an den Orthodoxen und Katholiken fest, die mehr sichtbare Einheit wollen.“ Sie blickte voraus auf „Nicaea 2025“, das geplante große Fest mit Orthodoxen und Katholiken zum 1700-jährigen Bestehen des Glaubensbekenntnisses von Nizäa aus dem Jahr 325.

Kritik an Steinmeier

Fernando Enns, Professor in Hamburg und Amsterdam und Mitglied im Exekutivausschuss des ÖRK, kritisierte den Auftritt von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf der Vollversammlung. „Ich hätte mir ein Wort der Ermutigung zum Dialog gewünscht, im Sinne von: Ihr Kirchen habt nochmals ganz andere Kanäle. So eine Rede hätte ich ihm geschrieben, wenn ich sein Redenschreiber wäre.“

Enns freut sich, dass der weltweite „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ weitergeht, nun als „Pilgerweg der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Einheit“. Eine neue Referenzgruppe wolle weltweit Schmerzpunkte besuchen, die Tränen anderer Menschen teilen und mit ihnen an der Beseitigung von Ungerechtigkeiten arbeiten.

Projekte der 25 Botschafter

Was haben die 25 württembergischen Botschafter nun vor? Dazu gab es einen intensiven Austausch. Eine Pfarrerin will im Januar 2023 mit ihren Konfirmanden als Planspiel eine „Vollversammlung“ organisieren, eine andere Pfarrerin die Interviews online stellen, die sie in Karlsruhe mit zwölf Gesprächspartnern aus vielen Ländern zum Thema Klimawandel geführt hat. Ein Botschafter will mit anderen zusammen ein interkulturelles Café einrichten, ein anderer gemeinsam mit einer pietistisch geprägten Gemeinschaft das Thema „Öko-Spiritualität“ bearbeiten und so zur gegenseitigen Bereicherung verschiedener geistlicher Strömungen beitragen. Andere wollen bestehende Netzwerke der Ökumene nutzen und neu beleben. Das große Stoffbanner, für das der Künstler Wolf Nkole Helzle in Karlsruhe 1004 Porträts fotografierte und per Software zu einem einzigen Menschenbild verrechnete, soll auf Reisen gehen. Derzeit ist es in der Kreuzkirche in Reutlingen zu sehen.

Kontakt:

Peter Dietrich, Freier Journalist, Tel. 07153/894 07 15, peter.dietrich@journalist-pd.de

Dr. Thomas Haas, Studienleiter, Tel. 07164/79-396, thomas.haas@ev-akademie-boll.de

Heike Bosien, Pfarrerin, Tel. 0711-229 363 266, heike.bosien@elk-wue.de

Foto: Wolf Nkole Helzle/WCC

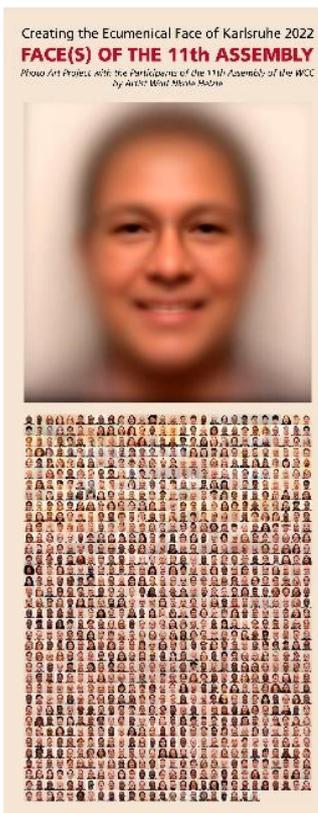




Foto: DiMOE

Bewegt, versöhnt, vereint?

25 BotschafterInnen kommen begeistert aus Karlsruhe zurück

von Heike Bosien, DiMOE

„Und es werden kommen von Osten und von Westen, von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen werden im Reich Gottes.“ (Lukas 13,29) Sie kamen aus allen Erdteilen, aus allen Himmelsrichtungen, aus allen Kirchenfamilien. Lutheraner, Anglikaner, Presbyterianer, Orthodoxe, Reformierte, Altorientalen, Kopten, Katholiken, Quäker, Mennoniten. Frauen, Männer, Jugendliche, Indigene, Menschen mit Einschränkungen, Ordinierte, Laien. 4000 Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter aus 352 Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen. Dazu 30.000 Teilnehmende am Begegnungsprogramm.

Sie kamen in *die* Stadt in Deutschland, die wie keine andere für das Recht und die Gerechtigkeit steht. In der „nach Kräften die Menschenwürde hochgehalten und verteidigt wird“ und die immer wieder aufs Neue beweist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Annette Kurschus meint gar: „Diese Stadt ist für uns in Deutschland zumindest ein klitzekleiner Vorposten des Reiches Gottes.“

Doch Karlsruhe in der europäischen Grenzregion zeigt auch, wie aus Erzfeinden Nachbarn und Freunde geworden sind. Eine Region, deren Menschen sich in drei Kriegen töteten und die gelernt haben, wie Versöhnung gelingen kann. „Christi Liebe bewegt, versöhnt und eint

die Welt“, dieses Motto der 11. ÖRK-Vollversammlung wurde in Karlsruhe buchstabiert in thematischen Plenarveranstaltungen, in Kommissionen, ökumenischen Konversationen, in Workshops, Homegroups, Exkursionen, in Begegnungszentren, an Ständen, in Side-Events. Und die Gemeinschaft wurde gefeiert in beeindruckenden Morgengottesdiensten und Abendgebeten. Sie sind allesamt im Netz zu finden (https://www.youtube.com/watch?v=8Y_WoC89Pq8).

Drei Themen bestimmten die Vollversammlung: Erstens der Krieg in der Ukraine. Die Belastung der Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche war spürbar. 20 russisch-orthodoxe Delegierte nahmen an der Vollversammlung teil. Ebenso waren 11 VertreterInnen der orthodoxen Kirchen in der Ukraine eingeladen worden. „Gehen Sie an unserem Schmerz und unserm Leid nicht vorüber“, so der Erzbischof Yevstratiy von Tschernihiw und Nischyn aus der Ukraine. Die Stellungnahme zum Ukrainekrieg finden Sie hier: (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/war-in-ukraine-peace-and-justice-in-the-european-region>). Zweitens äußerte die Vollversammlung ihre große Sorge um die Menschen im Nahen Osten angesichts von Menschenrechtsverletzungen (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/seeking-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east>). Drittens forderte die Versammlung die Mitgliedskirchen auf, verstärkt Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, mit dessen Folgen Kirchen im Globalen Süden täglich konfrontiert sind (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/the-living-planet-seeking-a-just-and-sustainable-global-community>).

Für die nächsten Jahre verabschiedete die Vollversammlung einen Pilgerweg für Gerechtigkeit, Versöhnung und Einheit (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/the-things-that-make-for-peace-moving-the-world-to-reconciliation-and-unity>). Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm wurde zum Vorsitzenden des 150-köpfigen Zentralausschusses gewählt. Die württembergische Landeskirche nahm mit 25 Botschafterinnen und Botschafter an der Vollversammlung teil. Sie tragen die Impulse von Karlsruhe in unsere Landeskirche, informieren in Gremien, halten Vorträge und können angefragt werden für Berichte (www.dimoe.de / www.elk-wue.de/#layer=/news/2022/20102022-auswertung-der-oerk-vollversammlung)



Foto: Hillert/WCC

Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa

Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates Kirchen (Auszüge)

Bei seiner Tagung im Juni 2022 verurteilte der ÖRK-Zentralausschuss den Krieg als „illegal und nicht zu rechtfertigen“, beklagte das erschreckende Maß an Tod, Zerstörung und Vertreibung, an zerstörten Beziehungen und die tiefer denn je verwurzelte Feindschaft zwischen Menschen in der Region, die eskalierenden Konflikte weltweit, das gestiegenen Risiko einer Hungersnot in Weltregionen, die schon jetzt von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, die wirtschaftliche Not und gestiegene gesellschaftliche und politische Instabilität in vielen Ländern.

Die Vollversammlung **bekräftigt nachdrücklich** die vom Zentralausschuss zum Ausdruck gebrachte Haltung und **verurteilt** diesen illegalen und nicht zu rechtfertigenden Krieg. Als Christinnen und Christen aus verschiedenen Teilen der Welt **erneuern wir den Ruf** nach einem sofortigen Waffenstillstand, um das Sterben und die Zerstörung zu stoppen, und nach Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.

Eine der vielen tragischen Folgen des Krieges in der Ukraine ist die stark gestiegene Militarisierung, Konfrontation und Spaltung auf dem europäischen Kontinent, die mit einer riesigen und meist unkontrollierten Proliferation von Waffen in der Region und einer neuen und sich zuspitzenden Gefahr eines Atomkonflikts einhergehen, welcher eine Katastrophe schrecklichen und wahrscheinlich globalen Ausmaßes auslösen würde. Eine neue Trennlinie wird quer durch den Kontinent gezogen und beide Seiten sind bis an die Zähne bewaffnet. Die Geschichte des Kalten Krieges lässt uns deutlich erahnen, was folgen könnte, und zeugt von den Risiken, die damit verbunden sind.

Es besteht die Gefahr, dass die Invasion in die Ukraine zu anderen Fällen führen könnte, in denen größere Länder versuchen, kleinere Nachbarländer unter dem Vorwand der Verteidigung nationaler Interessen einzunehmen. Krieg muss angesichts der unweigerlichen menschlichen Kosten vermieden werden, und Kirchen kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, dies zu fördern. Trotz Misserfolgen in der Vergangenheit wird der multilateralen Diplomatie – insbesondere durch die Vereinten Nationen auf globaler Ebene – auch in Zukunft eine unverzichtbare Rolle bei der Bewahrung von Frieden zukommen.



Foto: WCC

Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten

Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates Kirchen (Auszüge)

In Palästina/Israel gibt es eine weitere Welle gewaltsamer Vertreibungen von Palästinenserinnen und Palästinensern aus ihren Häusern...

Die Ausdehnung der Siedlungen und die zunehmende militärische Präsenz, die damit einhergeht, haben das Leid der palästinensischen Gemeinwesen verstärkt. Beeinträchtigungen und Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Gut und auch systematische Belästigungen und Aggressionen durch Siedlerinnen und Siedler (insbesondere in Abwesenheit der schützenden Gegenwart von internationalen Besucherinnen und Besuchern während der COVID-19-Pandemie) nehmen zu.

Wir bekräftigen den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der internationalen Staatengemeinschaft und erkennen seine legitimen Bedürfnisse nach Sicherheit an. Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung, und dass sowohl die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel seit 1967 als auch der Bau der Siedlungen und deren Ausweitung auf die besetzten Gebiete völkerrechtswidrig sind und beendet werden müssen. Wir glauben, dass die Sicherheit sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die Israelis nur durch ein Ende der Besetzung und durch eine gerechte, umfassende und langfristige Friedensvereinbarung gewährleistet werden kann.

Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf eine „Apartheid“ unter dem Völkerrecht hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen gewisse Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. Wir müssen uns nach wie vor mit diesem Problem befassen, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten.

Wir beten, dass der ÖRK fortfährt, sichere Orte für Gespräche und Zusammenarbeit für seine Mitgliedskirchen bereitzustellen, im Streben nach Wahrheit und für die Arbeit für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region.



ÖRK-Erklärung fordert aktiven Dialog für anhaltenden Frieden und Sicherheit für alle im Nahen Osten, Foto: WCC

Nach Karlsruhe

von Gerhard Rein

11. September 2022

Er nimmt meine Wasserflasche und versteckt sie hinter seinem Rücken. So sieht es in meinem Land aus, klagt er. Dir wird weggenommen, was Dir gehört. Ein großgewachsener, eindrucksvoller Mann in einem langen schwarzen Gewand. Ein Delegierter aus Kamerun. In der warmen Karlsruher Mittagssonne sitzen wir uns zufällig beim Lunch gegenüber. Sein von mir bewundertes Kleidungsstück hat er zu seiner Ordination geschenkt bekommen. Er gehört der Reformierten Kirche seines Landes an und kümmert sich um Flüchtlinge. Das sei nicht besonders populär in seiner Kirche. Er ist ohne Vater aufgewachsen und ohne seine Mutter wäre er nichts. Sie kann nicht lesen und nicht schreiben. Und ist doch eine der klügsten Menschen, erzählt er. Ich bin auch ohne Vater aufgewachsen und erzähle von meiner Mutter, die mich als Hugenottin in die Evangelische Kirche brachte.

So sitzen wir da. Auf langen, schlichten Holzbänken und tauschen uns über unsere Mütter aus. Der etwa 40jährige Delegierte aus Kamerun und der doppelt so alte alte Mann aus Berlin. Menschlich ganz nahe und aus unterschiedlichen Kulturen. Aber das trennt uns nicht. Gespräche, Begegnungen dieser Art machen die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Karlsruhe zu einem bewegenden Ereignis.

Es ist eine Wiederentdeckung. Die ökumenische Bewegung existiert.

Eine Gemeinschaft, die leise betet und laut feiert. Die die vorhandenen Kontroversen nicht verschweigt, sondern deutlich benennt. Die kulturelle, religiöse und politische Vielfalt ist mit Augen und Ohren und im Herzen zu spüren. Dies ist die bewohnte Erde, die Ökumene.

Und wie komme ich nun runter von dieser erneut dankbar erlebten Gemeinschaft von Menschen, die nicht in Streit verliert sind, sondern trotz aller vorhandenen Konflikte und Kriege in der Welt Versöhnung suchen?

Ach, das ist leider, leider ganz einfach.

Im Vorfeld der ersten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Deutschland haben sich die sogenannten Qualitätsmedien hierzulande darin gefallen vorzusagen, dass in Karlsruhe eine „Kirchen-Dokumenta“ drohe. Heribert Prantl schrieb das in der Süddeutschen Zeitung, und wiederholte damit nur, was vorher in Publik-Forum und



Foto: WCC

Deutschlandfunk schon zu lesen und zu hören war. Prantl erfand in seinem Voraus-Kommentar auch das Wort „Weltkirchentag“, das es in der ökumenischen Bewegung bisher nicht gibt. Prantls Kreativität steht ihm ja immer mal wieder im Weg. In der Sendung „Tag für Tag“ des Deutschlandfunks sorgt sich auch der Historiker Michael Wolffsohn vor Beginn der Konferenz, israelbezogener Antisemitismus werde die Tage in Karlsruhe verdüstern. Dem designierten neuen Generalsekretär des Weltrates, Jerome Pillay, einem schwarzen Theologie-Professor aus Südafrika, wirft Wolffsohn mehr oder weniger vor, keine Ahnung von Apartheid zu haben. Das ist nun wirklich absurd.

Am 31. August 2022 wurde die vielleicht wichtigste und mit mehr als 4000 Teilnehmern auch größte internationale Kirchenkonferenz, die je in Deutschland zusammenkam, eröffnet.

In der 19-Uhr-Sendung des ZDF eine 20-Sekunden-Meldung. Der Bundespräsident habe in Karlsruhe die Russisch-orthodoxe Kirche scharf kritisiert (mit Bild von Steinmeier im Hintergrund). In der ARD-Tagesschau um 20 Uhr kein Wort, keine Silbe, kein Komma über Karlsruhe. Dafür aber ein netter Beitrag über die Eröffnung der Filmfestspiele in Venedig.

Das ist ein Skandal. Ein Desaster für Journalismus in Deutschland, aber auch ein Debakel für die Evangelische Kirche, die die Ökumenische Bewegung nicht als „Ernstfall des Glaubens“ verbreitet, sondern als eine Angelegenheit unter anderen. Kein Wunder, dass die Medien darauf mit Desinteresse reagieren.

Der Bundespräsident hält zur Eröffnung kein Grußwort, sondern eine Rede.

So laut, so fordernd haben wir Franz-Walter Steinmeier lange nicht mehr wahrgenommen. Seine Ansprache war nicht von Hoffnung auf eine gelingende Vollversammlung bestimmt, sondern von Hinweisen darauf, wie 352 Kirchen aus aller Welt den Erwartungen eines deutschen Bundespräsidenten gerecht werden sollten. Ausgerechnet. Mit wem man auch anschließend sprach, Delegierte, Berater, ökumenische Aktivisten aus Deutschland: sie alle waren, ohne Ausnahme, sagen wir es freundlich, irritiert von der Rede ihres Bundespräsidenten. Sagen wir es deutlicher: überwiegend entsetzt.

Nun muss man freilich Herrn Steinmeier zugutehalten: Er stand unter immensem Druck. Angesichts der Zustimmung des russisch-orthodoxen Patriarchen Kirill zu Putins verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine, wollten Kräfte im deutschen Außenministerium darauf hinwirken, dass die für die Karlsruher Versammlung zugesagte finanzielle Unterstützung von 5,5 Millionen Euro zurückgehalten wird, und der Bundespräsident in Karlsruhe nicht auftritt. Hinter den Kulissen kämpften im Auswärtigen Amt verschiedene Fraktionen gegeneinander. Drei Wochen vor der geplanten Rede hörten wir aus dem Bundespräsidialamt, es sei noch nicht entschieden, ob der Chef in Karlsruhe sprechen werde. Eine Woche vorher stand dann fest: Er redet. Kein Wunder also, dass unter diesem Druck der Bundespräsident in Karlsruhe nicht befreit, sondern sichtlich beschwert das Wort ergriff. Laut und belehrend. Auch im Namen der Regierung, wie er wohl bewusst nicht vergaß zu erwähnen.

Aber danach begann ein ökumenisches Fest des Glaubens. Begegnungen, Gottesdienste, Orthodoxe Litaneien und Calypso-Rhythmen zusammen in gemeinsamen Gebetszeiten. Und niemandem kam das befremdlich vor.

Und ernsthafte Debatten über den bedrohten Planeten, über Armut und Fluchtbewegungen, über Hunger und Kriege, über die Nah-Ost-Krise und den Krieg in der Ukraine. Vor dem Kongress-Zentrum in Karlsruhe gab es manchmal morgens, wenn die Delegierten eintrafen, Zoff zwischen leger gekleideten ukrainischen Frauen mit selbst gebastelten Plakaten und lauten Stimmen und den in Festroben auftretenden russisch-orthodoxen Delegierten. Aber drinnen ging es gesittet und zum Glück auch turbulent zu.

Vor allem dann, wenn junge Menschen von den versammelten Eminenzen mehr Rechte, mehr Einfluss, mehr Sitze in den Gremien des Weltrates verlangten.

Was denn sonst?

Der Protest der Jugendlichen hat Tradition im Weltrat, aber richten müsste er sich auch an die eigenen Kirchen, die sie nach Karlsruhe entsandt hatten.

In den Plenarsitzungen, in den Berichten aus den Kommissionen wurde bald deutlich, dass kluge, warmherzige, kompetente Frauen das Geschehen dieser Vollversammlung wesentlich prägen. Die Anglikanerin Dr. Agnes Aboum aus Kenia vor allem, eine Entwicklungsexpertin, die als erste Frau und Afrikanerin dem Zentralausschuss vorsitzt und die Weltkirchenkonferenz in Karlsruhe souverän leitet. Die reformierte Theologie-Professorin Susan Durber aus England auch, die für eine Ökumene eintritt, die das Herz bewegt und Liebe ausstrahlt.

Die Klage aus Kamerun wird in Variationen aus allen Erdteilen bedrückend erhärtet. Vor allem aus Afrika. Temperamentvoll preist eine junge Frau ihren Kontinent als den mit Abstand schönsten der Welt. Mit Gastfreundlichkeit, die nirgendwo so anzutreffen sei. Mit den höchsten Bergen und den bezauberndsten Küsten. Dann bricht sie ihren Lobpreis jäh ab und erklärt:

Korruption bestimmt unser Leben. Aus Südafrika eine ähnliche Klage:

Unsere Regierung ist unfähig, das Land ordentlich zu regieren. Weit verbreitete Korruption verhindere das. Die politische Macht ist den Schwarzen übergeben worden, die wirtschaftliche Macht blieb aber weitgehend bei den Weißen. Nach der Befreiung beginnt offenbar die eigentliche Zeit der Bewährung.

Ich gestehe: diesen Stimmen, diese schonungslose Kritik an den Zuständen der Welt höre ich, Anteil nehmend, zu. Sie erschrecken mich aber auch. Und ich denke an mein privilegiertes Leben in einem reichen Land, und an meine Verantwortung.

Über Armut in der Welt, über die Klima - Katastrophe, über das Ziel einer sichtbaren Einheit der Kirchen verabschiedet die Vollversammlung gediegene und lesbare Texte. Das Hauptaugenmerk lag freilich, und verständlich, auf den „public issues“, den öffentlichen Angelegenheiten, den Erklärungen zu politischen Konflikten. Mit großem Konsens wurde eine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine verabschiedet. Sie beschreibt deutlich die Verantwortung für diesen Krieg. Aus der russisch-orthodoxen Delegation gab es keinen Widerspruch und auch nicht eine einzige „Propaganda- Rede“, wie vorher in Deutschland öffentlich befürchtet wurde. Dass sogenannte „namhafte Christinnen und Christen“ wie Ellen Überschär, Katarina Kunter, Marianne Birthler, die hannoversche Bischöfin Petra Bahr und auch Markus Meckel gefordert hatten, wegen Kirills Unterstützung des Putin-Krieges die Russisch-Orthodoxe Kirche aus dem Weltrat der Kirchen auszuschließen, wenigstens zeitweise, wurde in Karlsruhe nicht unterstützt. Nicht mit einer Stimme. Dass Ausschluss das Gegenteil von Ökumene ist, müssen die „namhaften Christen“ aus Deutschland wohl erst noch lernen. In der Debatte über den Krieg in der Ukraine trat auch ein russisch-orthodoxer Delegierter ans Mikrofon: Er frage sich, ob es bei der Diskussion um den Krieg in der Ukraine sich nicht um eine Verschleierung der eigentlichen Situation gehe. Das war alles andere als eine Propaganda-Rede, und mit breitester Zustimmung wurde die Ukraine-Erklärung akzeptiert. Mit der gleichen deutlich sichtbaren Mehrheit in der Vollversammlung wurde anschließend auch die Erklärung zur Situation im Nahen Osten und damit auch zur Palästina/Israel-Krise gebilligt.

Über das Wort „Apartheid“ gab es in der Plenums-Debatte am letzten Tag der Vollversammlung kontroverse Beiträge. Einige Delegierte wollten den Begriff „Apartheid“ aus der Erklärung ganz gestrichen haben, andere berichteten, wie sie in unter Apartheid leiden. Bischöfin Petra Bosse-Huber erklärte in einer strengen Rede im Namen der 13köpfigen Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland, dass sie ganz und gar gegen die Verwendung des Begriffs sich ausspreche. In der Erklärung wird Israel an keiner Stelle als Apartheid-Staat bezeichnet. Beschrieben wird aber eine Entwicklung, in der Human Rights

Watch, Amnesty International, die Vereinten Nationen den Begriff Apartheid in ihren Berichten zur Lage in Palästina und Israel zunehmend verwenden. „Mounting to Apartheid“. Etwas wächst an, verbreitet sich, wird stärker, wie der besonnene orthodoxe Erzbischof erklärte, der die Kommission moderierte, die die Stellungnahme vor und in Karlsruhe erarbeitet hatte.

Zu dieser großen Übereinstimmung mag auch beigetragen haben, was in einer Eingabe an die Vollversammlung zwei israelische Botschafter bekundet hatten.

Ilan Baruch und Alan Liel schreiben:

„Als ehemalige israelische Botschafter in Südafrika erfuhren wir die Realität von Apartheid und die Schrecken, die sie verursachte, aus erster Hand.

Wir haben damals mit eigenen Augen gesehen, wie die Opfer und ihre Verbündeten gegen diese Ungerechtigkeit gekämpft haben. Und wie die Welt sich ihnen allmählich im Kampf für die Beendigung der Apartheid in Südafrika angeschlossen hat. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung steigt unsere Beunruhigung über die Realität im Westjordanland sowie in Ostjerusalem, wo wir die Apartheid, wie wir sie aus Südafrika kannten, heute im sprichwörtlichen eigenen Hinterhof wiederfinden. Als zwei Israelis, die ihr ganzes Berufsleben der Vertretung von Israels Interessen gewidmet haben, ist es für uns schmerzlich mitanzusehen, wie unser Land diese Ungerechtigkeiten heute in den besetzten palästinensischen Gebieten weiterführt.

Wir teilen die traurige, aber richtige Einschätzung mit der des südafrikanischen Bischofs Frank Chikane und anderen Mitgliedern der Untersuchungsmission des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), zu der sie während ihres Besuchs in Israel und Palästina Anfang dieses Jahres gekommen sind.....

Wir hoffen, dass die Mitglieder der Vollversammlung die Realität in den besetzten palästinensischen Gebieten als das anerkennen, was sie ist, als Apartheid.“

Die Botschafter vergleichen dann detailliert die Situationen in Apartheid - Südafrika mit denen in von Israel besetzten Gebieten in Palästina. Sie wollen mit ihrem Votum, wie sie sagen, zur Ehrlichkeit der Debatte beitragen und beklagen, dass ein großer Teil der Welt dazu schweigt.

Und ich wüsste nun gerne, wie Heribert Prantl und der in Tel Aviv geborene Michael Wolffsohn und Petra Bosse-Huber und die EKD - Delegation in Karlsruhe, und die lieben Christen in unserem Land, die so gerne Menschen zu Antisemiten stempeln, die sich kritisch zur Besetzungspolitik Israels äußern, wie sie auf die Erklärung der Vollversammlung zum Nahen Osten reagieren, die das Wort Apartheid trotz aller Pressionen nicht ausspart. Die Vollversammlung endete am Donnerstag, dem 8. September 22, mittags, mit einem Gottesdienst. Bisher in der Süddeutschen Zeitung keine Zeile dazu, in der Sendung „Tag für Tag“ des Deutschlandfunks am Freitag, ein wohlwollend kritischer Beitrag. Aber in beiden Qualitätsmedien fast jeden Tag Reportagen und Interviews über den Synodalen Weg. Die Medien in Deutschland sind am Katholischen weit mehr interessiert als am Ökumenischen. So ist es eben.

PS: Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford- Stroh wurde als Nachfolger von Agnes Abuom für die kommenden acht Jahre zum Vorsitzenden des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen gewählt.

Kann der auf Friedfertigkeit und Ausgleich und Versöhnung beharrende Bedford-Stroh die ökumenische Lethargie in den Kirchengemeinden in Deutschland beenden helfen? Das wäre schön und auch wichtig. Ich hoffe es.

Umstrittene Texte

Bundespräsident Steinmeiers Angriff auf die russisch-orthodoxe Kirche und der Bericht von Generalsekretär Ioan Sauca über seine Gespräche mit Christen in Palästina

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei der Eröffnung der Vollversammlung am 31. August 22 unter anderem folgendes gesagt:

«Auf einen schlimmen, ja geradezu glaubensfeindlichen und blasphemischen Irrweg führen zurzeit die Führer der Russisch-Orthodoxen Kirche ihre Gläubigen und ihre ganze Kirche. Sie rechtfertigen einen Angriffskrieg gegen die Ukraine – gegen ihre eigenen, gegen unsere eigenen Brüder und Schwestern im Glauben. Diese Propaganda gegen die freien Rechte der Bürgerinnen und Bürger eines anderen Landes, dieser Nationalismus, der willkürlich Gottes Willen für die imperialen Herrschaftsträume einer Diktatur in Anspruch nimmt, muss unseren Widerspruch finden, auch hier in diesem Saal, in dieser Versammlung. Wie viele Frauen und Männer und auch Kinder in der Ukraine sind dieser Hetze, diesem Hass und dieser verbrecherischen Gewalt zum Opfer gefallen!

Flächenbombardements und gezielte Angriffe auf zivile Gebäude, auf Wohnungen, auf Krankenhäuser, auf Einkaufszentren, auf Bahnhöfe und öffentliche Plätze, Kriegsverbrechen, die vor den Augen der Welt offen zutage liegen: Darüber darf es auch hier und heute kein Schweigen geben. Wir müssen es aussprechen, ja wir müssen es anklagen, wir müssen nicht zuletzt als Christengemeinschaft uns bekennen zur Würde und zur Freiheit und zur Sicherheit der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die Delegationen der Kirchen aus der Ukraine begrüße ich an dieser Stelle noch einmal ganz besonders und besonders herzlich – und ich hoffe, dass sie von diesem Treffen Stärkung und Unterstützung mitnehmen können in ihre leidgeprüften Kirchen und Gemeinden zu Hause.

Es sind heute auch Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche hier. Dass sie hier sind, ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit. Dass ihnen die Wahrheit über diesen brutalen Krieg und Kritik an der Rolle ihrer Kirchenführung nicht erspart bleiben wird, das erwarte ich von dieser Versammlung. Ja, es geht unter Christen immer wieder ums Brückenbauen. Das ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben. Aber Brückenbauen braucht Bereitschaft auf beiden Seiten des Flussufers; es kann keine Brücke entstehen, wenn eine Seite die Stützpfeiler einreißt. Aber wenigstens Dialog müsse doch sein, hieß es im Vorfeld der Vollversammlung. Ja, aber Dialog ist kein Selbstzweck. Dialog muss ans Licht bringen, was ist. Dialog muss Unrecht zur Sprache bringen, muss Opfer benennen ebenso wie Täter – und deren Erfüllungsgehilfen. Ein Dialog dagegen, der sich auf fromme Wünsche beschränkt und im Ungefähren bleibt, wird schlimmstenfalls zur Bühne für Rechtfertigung und Propaganda. Um welchen Dialog geht es hier? Das ist die Wahl, vor der diese Versammlung steht, und unsere deutsche Haltung – ich spreche hier auch im Namen der Bundesregierung – ist klar.»

Der Bundespräsident hat damit die Führer der russisch-orthodoxen Kirche angegriffen und verurteilt. Damit, dass sie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gerechtfertigt haben,



Foto: WCC

führen sie ihre Kirche auf einen glaubensfeindlichen und blasphemischen Irrweg. Ein Dialog mit solchen Führern ist sinnlos. Steinmeier kann nicht den Ausschluss der russisch-Orthodoxen Kirche fordern, würde ihn aber begrüßen.

Wie reagieren die ÖRK-Verantwortlichen auf diesen Umgang mit einer Mitgliedskirche? Da der ÖRK noch nie eine Kirche ausgeschlossen hatte, erwarteten die Delegierten auch in diesem Fall zwar keinen Ausschluss, jedoch eine vehemente Kritik am Verhalten von Patriarch Kyrill. Der ausführliche Bericht des geschäftsführenden Generalsekretärs, Ioan Sauca, begann mit Dankesworten, behandelte die Pandemie, beschrieb den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, rief zu verstärkter Zusammenarbeit unter den Mitgliedskirchen auf, stellte die Programmarbeit des ÖRK dar, ging auf aktuelle Herausforderungen ein, darunter die Klimakrise, der Rassismus, die menschliche Sexualität, und kam erst dann auf den Krieg in der Ukraine zu sprechen. Die Verurteilung war unmissverständlich: »Der ÖRK hat den Krieg von Anfang verurteilt, hat von Anfang an zu einem sofortigen Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen, zur Achtung des Völkerrechts und der Souveränität der Ukraine aufgerufen und hat von Anfang an ein Ende der willkürlichen Angriffe mit zunehmenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung angemahnt.«

Zugleich bittet Sauca im Gebet darum, „dass der ÖRK ein Ort für Dialog, für gegenseitiges Zuhören und gegenseitigen Beistand und für Frieden und Versöhnung sein möge. Wir können und müssen uns für Alternativen zu den geopolitischen so genannten Lösungen einsetzen, die die Spaltungen nur noch vertiefen würden.“ Sauca berichtete dann von seinem Besuch in der Ukraine, wurde aber sehr viel ausführlicher in seinem Bericht über seinen Besuch in Israel und Palästina. Er sagte:

„Wir widersetzen uns allen Formen von Antisemitismus, lehnen sie ab, ächten und verurteilen sie.

67. Gleichzeitig stehen wir für gleiche Menschenrechte für Palästinenserinnen und Palästinenser ein und widersetzen uns Situationen, in denen diese nicht respektiert werden, lehnen sie ab, ächten und verurteilen sie. Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, wenn sie begangen wurden, und die israelische Regierung aufzufordern, alle Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ungeachtet davon, ob sie israelisch oder palästinensisch sind, hat nichts mit Antisemitismus zu tun; es ist ein natürlicher und normaler Ablauf in jeder demokratischen Gesellschaft. Wir verlangen, dass die Würde und die Menschenrechte von Palästinenserinnen und Palästinensern respektiert werden. Wir verlangen eine gleiche Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir rufen entschieden und konsequent für ein Ende der Besatzung auf. Wiederholt haben wir bekräftigt, dass wir die Strategie einer auf das Völkerrecht gestützten Zweistaatenlösung befürworten. Wir wollen, dass die israelische und palästinensische Bevölkerung zusammenleben kann auf dem Weg zu Frieden, Versöhnung und gerechtem Frieden.

68. Gleichzeitig haben uns gewisse Kreise auf palästinensischer Seite und einige Gruppen im Westen vorgeworfen, beim Anprangern und Verurteilen von Menschenrechtsverletzungen zu weich und nicht mutig genug zu sein. Auf den jüngsten Bericht von Amnesty International hin haben wir darüber hinaus von einigen unserer Mitgliedskirchen, insbesondere aus Südafrika, aber auch aus dem Westen, Briefe, Gesuche und Vorschläge bekommen, die Grundhaltung des ÖRK im Rahmen der

Vollversammlung in Karlsruhe zu ändern und Israel aufgrund der Art und Weise, wie die palästinensische Bevölkerung behandelt wird, als Apartheidstaat anzuprangern. Auch die Unterstützung der BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition, Sanktionen) als ein Weg des Widerstandes und Drucks auf den Staat Israel, die Besatzung zu beenden und die Menschenrechte zu respektieren, wurde vorgeschlagen und erneut bekräftigt. Alle diese Entwicklungen sind sehr komplex und heikel und haben schwerwiegende Auswirkungen.

69. Wer kann besser auf solch schwierige Fragen und Vorschläge antworten als unsere eigenen Mitgliedskirchen in der Region und unsere christlichen Geschwister dort? Ihnen zuzuhören und sie um Rat zu bitten war einer der Hauptgründe für meinen Besuch. Das ÖRK-Begleitprogramm vor Ort, das heute noch aktiv ist, wurde auf Bitten unserer Mitgliedskirchen hin aus der Taufe gehoben. Die Sichtweisen und Meinungen unserer Mitgliedskirchen sind von fundamentaler Bedeutung, denn sie wissen am besten, was für ihr Überleben und ihre Arbeit in ihrem konkreten Kontext nötig ist. Ich habe mich mit allen Kirchenoberhäuptern getroffen, habe mit den Menschen gesprochen und ihnen zugehört und versprochen, ihre Ansichten und Stimmen in die Vollversammlung zu bringen.

70. Ausnahmslos alle sprachen über die schwierige Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser, über Menschenrechtsverletzungen, die ungestraften aggressiven Handlungen durch Siedlerinnen und Siedler, die Zerstörung von Häusern, die Verletzung von Besitz und Zwangsenteignungen, die Einschränkungen des Zugangs zu religiösen Stätten und die Bestrebungen, die christliche Präsenz aus der Altstadt von Jerusalem zu beseitigen. Alle waren dankbar für die Arbeit des ÖRK und unsere Präsenz in der Region, würdigten die Arbeit des ÖRK-Verbindungsbüros in Jerusalem und des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI) und bekräftigten, wie wichtig diese Arbeit für die Gemeinschaften vor Ort sei.

71. In Bezug auf die Themen Apartheid und BDS gaben sie sich jedoch alle sehr zurückhaltend und nuanciert. Sie baten den ÖRK, sich weiterhin für sie einzusetzen, ihre Anliegen und ihre Rechte zu verteidigen, es jedoch zu vermeiden, in ihrem Namen eine Terminologie zu verwenden und Handlungen durchzuführen, die Türen für einen Dialog schließen und damit ihre bloße Existenz im Heiligen Land bedrohen könnten...“

Viele Delegierte und weitere Zuhörer haben verstanden, dass Sauca hier sehr grundsätzlich über das Verhältnis des ÖRK zu Israel und Palästina geredet hat. Es handelt sich um eine klare Ablehnung der aus Südafrika stammenden und von 17 ÖRK-Mitgliedskirchen unterstützten Forderung, die Situation in Palästina als Apartheid zu verurteilen. Mit dieser Rede hat Sauca zugleich den dialogischen Umgang mit der russisch-orthodoxen Kirche vorgezeichnet hat. Insofern ist Saucas Rede auch eine deutliche Erwiderung auf die Vorschläge von Bundespräsident Steinmeier.

Saucas Rede hat jedoch nicht zum Dialog zwischen den Vertretern der orthodoxen Kirchen geführt. Es gab in Karlsruhe keinen direkten Austausch. Die scharfe Verurteilung des Krieges in der Ukraine (der illegale und ungerechtfertigte Krieg) in der Resolution der Vollversammlung hat den Vertreter der russischen Orthodoxie, Philaret Bulekov, dazu veranlasst, dem Westen einen „informationskrieg“ vorzuwerfen. Der Westen habe kein Interesse, die wahren Ursachen des Krieges zu erkunden.

ERFREULICHES

Viele von denen, die sich zurückgemeldet haben, waren überaus angetan von den Morgen- und Abendgottesdiensten im Zelt, bei denen ein umfangreiches Liederbuch in vier Sprachen verwendet wurde.



Foto: WCC

Viele haben die Begegnungen, zum Teil mit alten Bekannten, genossen und ebenso das Kennenlernen von ökumenisch Engagierten aus anderen Ländern und den Austausch mit ihnen. „Begegnungen dieser Art machen die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Karlsruhe zu einem bewegenden Ereignis.“ (G. Rein)

„Die ökumenische Bewegung existiert. Eine Gemeinschaft, die leise betet und laut feiert. Die die vorhandenen Kontroversen nicht verschweigt, sondern deutlich benennt. Die kulturelle, religiöse und politische Vielfalt ist mit Augen und Ohren und im Herzen zu spüren. Die ist die bewohnte Erde, die Ökumene.“ (G. Rein)

„Man geht aus solch einer Vollversammlung in die freudige Abschiedsfeier, die noch immer nicht Gottesdienst heißen darf, sondern Gebet genannt werden muss, weil wir noch nicht eins sind. Aber den Menschen um mich herum, die sangen, tanzten, lobten und sich den Friedensgruß gaben, war es egal, sie feierten eine Einheit, die aus der Vielfalt um sie herum entstand und die sie wieder entließ, auf die Bahn, das Flugzeug, zurück in ihre Heimatkirchen und Gemeinden, in einer neuen, ökumenischen Verbundenheit.“ (G. Rüppell)

Starken Eindruck hat das Grußwort der Generalsekretärin von Religionen für den Frieden, Prof.in Assa Karam, hinterlassen: „Christ’s love, was ist only meant for Christians? Ich als Muslima möchte glauben, dass Christi Liebe auch für mich gilt.“ Sie fragte: „Was hieße es, wenn Sie (die Delegierten) nicht allein die Schwierigkeiten überwinden, die innerhalb ihrer eigenen Gruppe bestehen, sondern wenn wir zusammenarbeiteten und uns nicht von den politischen Kräften missbrauchen ließen. Auch um zu demonstrieren, dass Krieg keine Option ist, Konflikte zu lösen...“ (G. Rüppell). Für diese Rede gab es stehende Ovationen.

Über die Armut in der Welt, über die Klimakatastrophe, über das Ziel einer sichtbaren Einheit der Kirchen verabschiedet die Vollversammlung gediegene und lesbare Texte. Das Hauptaugenmerk lag freilich und verständlich, auf den public issues, den öffentlichen Angelegenheiten, den Erklärungen zu politischen Konflikten. Mit großem Konsens wurde eine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine verabschiedet... Mit der gleichen, deutlich sichtbaren Mehrheit in der Vollversammlung wurde anschließend auch die Erklärung zu Situation im Nahen Osten und damit auch zur Palästina/Israel-Krise gebilligt... In der Erklärung wird Israel an keiner Stelle als Apartheid-Staat bezeichnet. Beschrieben wird aber eine Entwicklung, in der Human Rights Watch, Amnesty International, die Vereinten Nationen den Begriff Apartheid zur Lage in Palästina und Israel zunehmend verwenden.“

Der vom Freundeskreis für eine ökumenische Zukunft veranstaltete ökumenische Bildungsworkshop hat in Sachen Laienfortbildung einen gewissen Erfolg erzielt. Zwei Delegierte haben sich im Ausschuss für Programmrichtlinien mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die ökumenischen Bildungsprogramme auch die Laienausbildung fördern und durchführen müssen.

Grußwort von Prof. Dr. Assa Karam



Foto: WCC

"Friedensgruß, Salem aleikum, Shalom, jedes einzelne Wort des Friedens sei mit Ihnen und mit allen Anwesenden und denen, die nicht bei uns sind, aber in unseren Gedanken und Herzen.

Eure Eminenz, Eure Exzellenzen, Freunde, Familie, Brüder und Schwestern im Glauben. Herr Professor Sauca, ich danke Ihnen sehr für die große Ehre und das Privileg, heute hier sein zu dürfen, um ein paar Grußworte zu sprechen...

Ich habe fast zwanzig Jahre lang bei den Vereinten Nationen gearbeitet. Jedes Jahr kommen die politischen Führer der Welt zur Generalversammlung der Vereinten Nationen zusammen. Und es ist ein sehr ehrfurchtgebietender, inspirierender Moment, wenn man sich im Raum umschaut und einen Raum voller Premierminister und Präsidenten und anderer sehr wichtiger politischer Persönlichkeiten sieht. Um ganz ehrlich zu sein, diese Versammlung und dieser Raum hier sind viel inspirierender und bedeutungsvoller. (Beifall)

Ich verstehe die Macht der Politik. Ich verstehe die Verantwortung von Politikern, insbesondere wenn und wo sie von ihrem Volk gewählt werden. Und es ist eine große Last, eine sehr große Last und eine sehr ernste Verantwortung, den Auftrag einer Regierung zu erfüllen, ihre Bürger und die Menschen, die in ihrem Hoheitsgebiet leben, zu schützen. Wir machen uns immer noch Gedanken über die Menschen, die in den Gebieten leben, aber wir machen uns vermutlich keine Gedanken über die Bürger.

Die Herausforderung für die religiösen Führer ist jedoch weitaus größer, denn es handelt sich um eine spirituelle, moralische, politische, emotionale, mentale und sehr große praktische Herausforderung. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass die Macht der religiösen Führer die Macht der politischen Führer bei weitem übersteigt. Diese Macht bringt auch eine enorme Verantwortung mit sich. Ich sage Ihnen nichts Neues, aber ich möchte ein Plädoyer halten. Und wenn ich nicht so klein wäre, würde ich auf die Knie gehen, während ich diese Bitte ausspreche, aber wenn ich jetzt auf die Knie gehe, werden mich einige von Ihnen nicht sehen. Also tut bitte so, als ob ich auf den Knien wäre, während ich versuche, diese Bitte vorzutragen.

Und die Bitte lautet wie folgt: Die Liebe Christi - war sie nur für die Menschen des christlichen Glaubens bestimmt? Wenn die Liebe Christi für die gesamte Menschheit gilt, was würde das dann praktisch für jeden von uns in diesem Raum bedeuten? Denn ich bin als Muslim fest davon überzeugt, dass die Liebe Christi auch für mich bestimmt war. (Beifall)

Und wenn Sie glauben, dass sie auch für mich gedacht war und für Menschen wie mich und viele andere, von denen manche an gar nichts glauben - aber an etwas glauben, wir alle glauben übrigens an etwas. Aber wenn Sie glauben, dass die Liebe Christi für Menschen wie mich und viele andere gedacht ist, dann bitte ich Sie, bitte ich Sie, darüber nachzudenken, wie Sie nicht nur die Unterschiede innerhalb der christlichen Gemeinschaft überwinden können - die weiß Gott groß genug sind. Sondern dass Sie überlegen, wie es ist, wenn wir von verschiedenen Glaubenstraditionen aus zusammenarbeiten, wenn wir von verschiedenen Glaubensinstitutionen aus zusammenarbeiten, von denen jede zutiefst auf sich selbst bedacht ist, auf ihr Mandat, auf ihr Territorium, auf ihre Bürger, auf ihre Glaubensbürger. Bedenken Sie, wie viel mehr von der Liebe Christi verbreitet werden kann, wenn wir multireligiös arbeiten, um allen zu dienen - und nicht nur einer Nation, nicht nur einer Gemeinschaft, nicht nur einer Religion, sondern allen. (Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Auferstehung Christi diesen Moment symbolisieren soll, in dem wir alle zusammenkommen, um einander zu dienen, unabhängig von unserem Geschlecht, unserer Nationalität, unserer Religion und unserer Nation. Aber um dies zu tun, haben wir eine moralische und politische Verpflichtung, uns nicht von den Politikern und dem politischen Establishment benutzen zu lassen. (Beifall)

Wir haben die moralische Verpflichtung, das Gewissen des politischen Establishments zu sein. Und um das Gewissen des politischen Establishments zu sein, müssen wir zuerst nach innen schauen, um sicherzustellen, dass wir, wenn wir mit dem Finger auf einander oder auf das politische Establishment zeigen, auch nach innen schauen, um zu sehen, wo wir selbst die gleiche Distanzierung, Ausgrenzung und Überlegenheit wiederholen, die wir manchmal unseren politischen Establishments vorwerfen. Wo hören wir einander nicht zu, wo schaffen wir es nicht, zusammen zu sein? Wo versäumen wir es, die Integrität des Menschseins des anderen zu achten?

Unser heutiges politisches Establishment hat überall auf der Welt bewiesen, dass es nicht den Bedürfnissen aller gerecht werden kann. Das hat es immer und immer wieder bewiesen. Darüber hinaus hat unser politisches Establishment heute - egal ob im Norden, Süden, Osten oder Westen, ob demokratisch oder nicht - auch bewiesen, dass Krieg die einfachere Option ist. Und hier kommt Ihre Rolle als Glaubensführer ins Spiel, um das Bewusstsein aufrechtzuerhalten, dass Krieg keine Option ist. (Beifall) Denn Sie können zeigen - nicht nur durch Worte, obwohl der Himmel weiß, dass das Wort mächtig ist, denn so sehen wir Gott, so wissen wir, dass Gottes Gegenwart das Wort erfüllt -, sondern wir können durch Taten zeigen, dass wir in Solidarität zusammenstehen, unabhängig von der Glaubensstradition, unabhängig von den Unterschieden, Sie können zeigen, dass Krieg keine Option ist. (Beifall)

Wenn jeder einzelne Christ heute überall auf der Welt, ob er nun katholisch ist oder die verschiedenen und unterschiedlichen Formen von Protestanten und Orthodoxen, in sehr fester Solidarität und Einheit zusammenkommt - wenn dieser Tag kommt, so Gott will, ob unter der Ägide des ÖRK oder irgendeiner anderen Ägide - bitte glauben Sie mir, es wird ein wunderbarer Moment sein, aber es wird nicht genug sein. Denn unsere Welt, unsere Welt besteht aus so viel mehr. Die die Liebe Christi verdienen, die aber vielleicht nicht unter die Ägide dieser Kirche fallen. Aber sie gehören zu der Kirche, die unser aller Mutter ist, die der Glaube ist, der uns alle zusammenbringt. Wir können gläubig sein, lasst uns wie Gläubige handeln. Ich danke Ihnen." (Beifall)

(Übersetzung Peter Dietrich)

Enttäuschendes

„Eine ernsthafte Arbeit an Veränderungen kann die Vollversammlung nicht leisten... Und die Wortbeiträge und die Verlautbarungen (werden) sorgfältig abgewogen und auf Konsensualität geprüft. Was dem nicht entspricht, wird zur Seite geschoben. Themen wurden beschrieben aber nicht analysiert, und es folgt keine Positionierung zu Ursachen und Akteuren dieser Konfliktfelder: Über die Probleme der Klimakatastrophe wird viel gesprochen, aber sie wird nicht als Produkt des Kapitalismus charakterisiert“ (Leonardo Schindler)

„Es gibt eine Konfliktkontrolle innerhalb der ökumenischen Bewegung und dies ist ihr Niedergang. Eine ökumenische Bewegung darf in Zukunft nicht mehr auf den Interkonfessionellen Dialog beschränkt sein, sondern muss sich der Herausforderung stellen, dass diese Welt bewohnbar bleibt.“ Viele im ÖRK seien überfordert mit den Problemen, die es anzugehen gelte. (Beat Dietschy von der Schweizer Zeitschrift „Neue Wege“)

„...der Generalsekretär.... benutzt einen großen Teil seiner Zeit, um einen Antrag von 17 Mitgliedskirchen zu zensieren... Außerdem spielt er die Kirchenführer gegen die Kirchenmitglieder aus, ohne zu sagen, unter welchem Druck der israelischen Regierung Kirchenführer im Heiligen Land stehen, sich diplomatisch zu verhalten, um ihre Gemeinden nicht zu gefährden.“ (Protest des Kairos Palästina Solidaritätsnetzwerks)

„Was auf der Vollversammlung des ÖRK passiert ist, steht in keinem Verhältnis dazu, was die globale Vielfachkrise erfordern würde von den Kirchen – auch um die Integrität unseres Glaubens zu wahren.“ (Martin Gück, Koordinator der Casa Comun))

Es gab einen Angriff von Prof. Barbara Traub, Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden, auf das Kairos-Dokument des palästinensischen ökumenischen Netzwerks. „Weder sagte der moderierende Generalsekretär ein Wort zur Verteidigung der palästinensischen Brüder und Schwestern, die im Saal saßen, noch bekamen die Angegriffenen Gelegenheit, sich zu äußern.“ (Protest des Kairos Palästina Solidaritätsnetzwerks)

Für viele war der Satz der EKD-Auslandsbischofin Bosse-Huber eine herbe Enttäuschung: „The EKD would never accept a statement that included any reference to the situation as apartheid“, dass also die EKD niemals eine Erklärung akzeptieren würde, in der die Situation in Israel/Palästina als Apartheid bezeichnet wird. Manche vermuten, dass diese Aussage auch auf Druck der Bundesregierung erfolgte.

Die Presbyterian Church und die Vereinigte Kirche Christi haben „die ganze Woche über mit palästinensischen, südafrikanischen und anderen Partnern zusammengearbeitet, um den palästinensischen Stimmen Gehör zu verschaffen. Es gab eindeutige Fälle, in denen sich anwesende Palästinenser zum Schweigen gebracht fühlten, als sie versuchten, ihre Erfahrungen mit dem Leben unter der Besatzung und einem Apartheidsystem mitzuteilen.“ (Luciano Kovacs, Gebietskoordinator der Weltmission für den Nahen Osten und Europa)

Die angestrebte eucharistische Gemeinschaft unter den Mitgliedskirchen gibt es nicht.



Diese Wirtschaft tötet: Den Schrei der Erde und der Armen hören und die Ketten der Ungerechtigkeit für die ganze Schöpfung lösen

(Jes 58,6)

1 **Einleitung** Inmitten der Covid-19-Pandemie und einer neuen Spirale militärischer Gewalt und Aufrüstung sowie die Kippunkte der Klimakatastrophe vor Augen, lesen wir zurückliegende Beschlüsse der ökumenischen Bewegung. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2003 in Winnipeg brandmarkte die Unterordnung unter einen absolut gesetzten neoliberalen Markt als Götzendienst. Im Jahr 2004 bekannte die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra in Reaktion auf die (damalige) globale wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung in einer „Glaubensverpflichtung“, dass die Integrität des Glaubens auf dem Spiel steht, wenn man sich gegenüber einem zerstörerischen (neo-)imperialen Wirtschaftssystem ausschweigt oder untätig verhält. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2013 in Busan erklärte in ihrer Missionserklärung, dass die Herrschaft des Marktes „ein globales vom Mammon bestimmtes System“ ist, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt und mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes bedroht: „Das Reich Gottes steht der Herrschaft des Mammons diametral

entgegen.“ Papst Franziskus charakterisierte den Kapitalismus zur selben Zeit als einen „Tanz um das Goldene Kalb“ und stellte fest: „Diese Wirtschaft tötet“. Es gibt also eine ökumenische Übereinstimmung in der klaren Ablehnung der herrschenden Wirtschaftsordnung. Diese große Ökumene ist von kirchengeschichtlicher Bedeutung. Seitdem hat sich die Weltlage dramatisch verschärft. Wir leben heute in einer anderen Welt. Sie ist eine Welt am Abgrund. Deshalb wollen wir mit Blick auf die 11. Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe eine Bestandsaufnahme der „Zeichen der Zeit“ vornehmen, sie theologisch und ethisch reflektieren und die ökumenische Bewegung zum Handeln aufrufen. Die Vollversammlung sollte den Gott des Lebens in einer Welt bekennen, die „unter die Räuber gefallen“ (Lk 10,29) ist: Alle sollen ein „Leben in Fülle“ (Joh 10,10) haben, denn es ist genug für alle da.

Eine Welt im Ausnahmezustand – Menschen sterben, die Erde brennt

Mit der Finanzkrise von 2008/9 und der Rezession infolge der Covid-19-Pandemie haben sich in der jüngeren Vergangenheit weltweite ökonomische Verwerfungen bislang



AUFRUF an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022 in Karlsruhe



ungekannten Ausmaßes eingestellt. Beide Male konnte die Weltwirtschaft nur dank beispielloser staatlicher Interventionen vor einem Kollaps bewahrt werden. Die Kosten dieser extremen Krisenhaftigkeit haben vor allem die Schwachen und die natürliche Umwelt zu tragen. Dies rückt nicht nur die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) in weitere Ferne, sondern vergrößert gar Not und Elend.

Zudem erwachsen auch aus den veränderten Realitäten der „Weltordnung“ gravierende Bedrohungen für die menschliche Sicherheit. Nicht zuletzt auch der Krieg in der Ukraine ist Ausweis wachsender hegemonialer Rivalitäten zwischen imperialen Mächten im Konflikt um die Neuaufteilung geopolitischer Machtsphären. Eine chaotische, widersprüchliche und militarisierte Weltunordnung, die die Interessen der Wenigen schützt, breitet sich aus. Die Welt steckt in einer globalen Vielfachkrise:

- Das globale Finanzsystem ist nach wie vor völlig unzureichend reguliert und der nächste Crash nur eine Frage der Zeit;
- die Digitalisierung privatisiert öffentliche Güter und macht sie zur Ware: Internet-Giganten wie Google, Amazon oder Facebook verschärfen Rationalisierung und Ausbeutung und spalten die Gesellschaft mit hochqualifizierten, gut bezahlten IT-Jobs einerseits und

prekären, schlecht bezahlten „Lieferando-Jobs“ andererseits;

- der Raubbau an der Natur nimmt dramatisch zu; vor allem im globalen Süden geht er allzu oft mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie der illegalen Aneignung von Land, Vertreibungen und der Ermordung von Aktivist*innen einher;
- die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt global wie auch national immer skandalösere Formen an: Das Vermögen der acht reichsten Menschen entspricht dem der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung, und selbst während der Corona-Krise konnten die zehn reichsten Menschen der Welt mehr Gewinne erzielen, als die Impfungen aller Menschen auf der Welt zusammen kosten würden;
- die ökologische Krise ist die Kehrseite der sozialen Krise: Das reichste 1 Prozent (63 Millionen Menschen) hat zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂ ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Gegenwärtig konsumiert ein Viertel der Weltbevölkerung vorwiegend des globalen Nordens drei Viertel der Ressourcen und erzeugt drei Viertel des Abfalls und der Emissionen;
- die Covid-19-Pandemie ist Ausdruck des zerstörerischen Übergriffs auf die Natur, die ökologischen Verwüstungen wachsen sich zu weltweiten Seuchen aus;



AUFRUF an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022 in Karlsruhe



- durch die wachsende Unwirtlichkeit der Erde sehen sich immer mehr Menschen zur Migration aus ihren Ländern gezwungen;
- etwa 40 Prozent des Weltsozialproduktes und zwei Drittel des Welt Handels befinden sich in der Hand von gerade einmal 500 Konzernen; deren auch politisch wachsende Macht vergrößert Demokratiedefizite und untergräbt öffentliche Interessen;
- der Populismus von Rechts ist weltweit auf dem Vormarsch, wodurch sich autoritäre Regime ausbreiten und das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie schwindet;
- Gewalt, Krieg und Aufrüstung sind erneut zu Mitteln geworden, mit denen eine neue Weltordnung, die nicht auf den Regeln des Rechts sondern auf Macht basiert, durchgesetzt werden soll. Die Menschheit steht zweifelsohne am Scheideweg – zumal das Zeitfenster, in dem die schlimmsten Folgen der globalen Erwärmung verhindert werden könnten, sich schnell schließt und der Militarisierungsschub im Windschatten des Krieges in der Ukraine die Bekämpfung der Klimakatastrophe an die zweite Stelle rückt.

Das Scheitern der neoliberalen Globalisierung und die mangelnde Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus
Die grundsätzliche Kritik der ökumenischen Bewegung am neoliberalen

Kapitalismus hat sich bewahrheitet. Wir sehen: Die Globalisierung mit ihrem Credo des Vorrangs des Marktes vor der Politik hat sich als irrig erwiesen. Die Corona-Krise hat die Verletzlichkeit und krisenhafte Abhängigkeit der weltweiten Wertschöpfungsketten offengelegt.

Angesichts des Scheiterns des Neoliberalismus fordern die Eliten nun eine Rückkehr des Staates als Akteur, um den Kapitalismus in seiner Grundstruktur erhalten zu können. Dieser Staatsinterventionismus neuen Typs soll den Kapitalismus „retten“ und zum Geburtshelfer eines „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ werden. Dabei wird ignoriert, dass die ökologisch-soziale Krise der Gegenwart sich fundamental von den bisherigen Krisen des Kapitalismus unterscheidet. Denn der Kapitalismus steckt in einem strukturellen Dilemma: Was ökologisch erwünscht ist – eine nachhaltige Wirtschaft –, erzeugt im Kapitalismus soziale Verwerfungen wie Massenarbeitslosigkeit und skandalöse Ungleichheit. Und was sozial erwünscht ist, forciert die ökologischen Krisen. Dieses sozial-ökologische Dilemma wird jedoch durch die Wiedererlangung eines Primats der Politik nicht beseitigt. Deshalb muss die Politik mit den Triebfedern kapitalistischen Wirtschaftens, nämlich der Maximierung von Profit und Wachstum, brechen.



Das Gebot der Stunde: Umkehr zu einer Ökonomie des Lebens und der Gerechtigkeit

Die Eliten wollen mit einem „Green New Deal“ Ökonomie und Ökologie versöhnen: Erneuerbare Energien sollen zu einer umweltpolitischen Kehrtwende und einem Beschäftigungsschub führen. Sie versprechen eine „Win-win-Situation“. Aber dieses Versprechen ist irrig, denn auch der grüne Kapitalismus braucht das Wirtschaftswachstum – und die Klimakrise ist die Kehrseite des Wirtschaftswachstums. Deshalb lässt sich das sozial-ökologische Dilemma im Kapitalismus nicht auflösen. Nötig ist ein radikaler Neuansatz, der soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele mit dem polit-ökonomischen Funktionsmechanismus kombiniert.

Die Politik darf sich nicht länger dem Diktat der Märkte unterwerfen; sie muss die Märkte in Dienst nehmen. Nötig ist ein Staat, der für Gesundheit, gute Arbeit und Bildung, nachhaltigen Verkehr und die Bewahrung der Schöpfung sorgt und die Wirtschaft so reguliert, dass diese lebensdienlich wird. Maßstab muss das Leben sein, besonders der Armen und der Schöpfung:

- Der Mensch ist nicht der Herr und Beherrscher der Natur, sondern Teil der Schöpfung;
- Geld ist ein öffentliches Gut und hat allein dem Allgemeinwohl zu dienen;

- Vorrang hat die gemeinsame Bestimmung der Güter vor dem privaten Gebrauch, denn Gott hat die Welt für alle erschaffen;

- Gute Arbeit, Gesundheit und Bildung sind Menschenrechte und keine Ware.

Das Gebot der Stunde ist eine globale, sozial eingebettete Nachhaltigkeitsrevolution, damit eine Ökonomie des Genug für alle entstehen kann. Eine solch elementare Kehrtwende ist aber keine Win-Win-Situation. Sie muss im Konflikt mit denen erkämpft werden, die von der herrschenden Ordnung profitieren. Der Kampf für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung ist immer Teil gesellschaftlicher Klassenkonflikte.

Die neue Logik einer universellen Geschwisterlichkeit: Die Erde ist des Herrn und alles, was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen (Ps 24,1)

Der Konflikt um die Durchsetzung einer neuen Weltordnung erinnert an das biblische Bild des Propheten Jesaja, der seine Botschaft vom Verhängnis des Volkes in die Metapher eines Risses kleidet, der sich, zunächst kaum sichtbar, immer weiter in eine hohe Mauer frisst „wie ein von oben sich öffnender und sich verbreiternder Riss in einer hoch aufragenden Mauer, deren Zusammenbruch plötzlich, urplötzlich



AUFRUF an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022 in Karlsruhe



kommt“ (Jes 30,13). Die Risse werden größer und machen die Folgen der weltweiten Klimakatastrophe sichtbar: Wirbelstürme und Sturzfluten unter-spülen die Grundfesten, Dürren und Feuersbrünste zerstören das Leben.

ANGESICHTS DESSEN, DASS die Mauer bald zu brechen und alles Leben unter sich zu begraben droht,

erkennen wir: Diese Wirtschaft schändet Mutter Erde.

Sie zwingt alles Leben unter ein Verderben bringendes System. „Unsere ganze derzeitige Realität ist so voll von Tod und Zerstörung, dass wir keine nennenswerte Zukunft haben werden, wenn das vorherrschende Entwicklungsmodell nicht radikal umgewandelt wird und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zur treibenden Kraft für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Erde werden“ („Aufruf zum Handeln für eine Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle“ des ÖRK von 2012). Unser Zeitalter des Mammons ist ein Katastrophen-Kapitalismus. Er bedroht das Leben der Menschheit und den Planeten insgesamt.

Wir bekräftigen, dass die neoliberale Globalisierung, die die Güter der Erde für eine Minderheit privatisiert, den Grundsatz der universellen Geschwisterlichkeit verletzt; denn alle haben ein Recht auf eine gemeinsame Nutzung der Erdengüter.

ANGESICHTS DESSEN, DASS der globale Kapitalismus die zum System gewordene Ausbeutung der Menschen und Zerstörung der Schöpfung ist und die Reichen sich einen übergroßen Anteil von den Gütern dieser Erde nehmen, die allen gehört,

erkennen wir: Wir sind alle im selben Sturm, aber nicht im selben Boot.

Es sind die Reichen und die von ihnen zentral beeinflussten wirtschaftlichen und politischen Akteure und Institutionen, die zu einem großen Teil die Zerstörung der Erde, die Ausbeutung der Menschen und die Klimakatastrophe zu verschulden haben. Die destruktive Logik der herrschenden Ordnung muss überwunden werden.

Wir bekräftigen, dass die Menschen Teil der Schöpfung sind und nicht ihre Herren. Wir brauchen eine neue Logik: von der Logik der Herrschaft, die das Leben auf der Erde bedroht, zur Logik einer universellen Geschwisterlichkeit, die alle einbezieht, mit denen die Menschen das Leben im Haus der Schöpfung teilen (vgl. Gal 3,26-28).

ANGESICHTS DESSEN, DASS rasch gehandelt werden muss, da bald Kipppunkte drohen und die Entwicklung unbeherrschbar und irreversibel wird,

erkennen wir: Im Widerstand gegen Situationen, die hoffnungslos und zum Verzweifeln scheinen, enthüllen die apokalyptischen Schriften der Bibel:



AUFRUF an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022 in Karlsruhe



Die Katastrophe ist da, doch es gibt Hoffnung, die Bestie zu besiegen.

Apokalypse heißt „Enthüllen“. Denn: „Gefallen, gefallen ist Babylon“ (Jes 21,9). Die Bestie, die auf Erden ihr Unwesen treibt (Apk 13), ist das Kapital. Die apokalyptischen Schriften enthüllen, dass das herrschende System am Ende ist.

Wir bekräftigen, dass die Katastrophe nicht das letzte Wort hat. Es gibt eine Hoffnung auf eine Zukunft jenseits der von den Mächtigen erzeugten Katastrophen. Die Macht der gierigen Weltreiche wird zusammenbrechen. Eine andere Welt ist möglich. Wir erwarten einen neuen Himmel und eine neue Erde (Apk 21,1-8). Das ist keine bloße Utopie, sondern eine Herausforderung zum Handeln, damit die grundlegenden Rechte der Mutter Erde und der Völker akzeptiert werden, die aus der unverlierbaren Menschenwürde aller hervorgehen. Eine Geschwisterlichkeit, die jeden Menschen als Bruder oder Schwester anerkennt, ist Ansporn, sie möglich zu machen.

Eine Ökumene der Kirchen und aller Religionsgemeinschaften zur Überwindung unserer zerstörerischen Weltordnung

Der globale Kapitalismus stellt „nicht nur für das wirtschaftliche, sondern auch für das spirituelle Leben der Menschen, nicht nur für die Mensch-

heit, sondern auch für die ganze Schöpfung eine Bedrohung“ dar (Missionserklärung des ÖRK). Diese Bedrohung erfährt nun durch den Krieg in der Ukraine und die aus ihm resultierende globale Aufrüstungsdynamik eine zusätzliche Verschärfung. Aus der Todeslogik kriegerischer Gewalt und des herrschenden Kapitalismus zu desertieren, ist das Gebot der Stunde. Doch dazu braucht es eine neue internationale Rechtsordnung mit entsprechenden internationalen Institutionen und Organisationen, die auf der Überzeugung einer universellen Geschwisterlichkeit basieren.

Papst Franziskus kritisiert in der Enzyklika „Laudato sí“, dass der Mensch sich als Herrscher und Eigentümer fühlt, „berechtigt, die Erde auszuplündern. Wir vergessen, dass wir Teil der Schöpfung sind. Unser eigener Körper ist aus den Elementen des Planeten gebildet“ (Ziff. 2).

ANGESICHTS DESSEN, DASS die Sorge um die Schöpfung Kirchen und Religionsgemeinschaften eint, erkennen wir, dass der gemeinsame Glaube alle Gläubigen inspiriert und ihnen Kraft gibt, den Schrei der Armen und der Mutter Erde zu hören und gütiger, respektvoller und weiser mit der Erde umzugehen. Diese Spiritualität verbindet die christlichen Kirchen mit den Schwestern und Brüdern im Judentum, im Islam, dem Buddhismus und



AUFRUF an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2022 in Karlsruhe



vielen anderen Religionen weltweit. Wir bekräftigen unseren Glauben an Gott, den Schöpfer des Himmels und der geschändeten Mutter Erde. Die Kirchen müssen die Zeichen der Zeit aus der Perspektive des gekreuzigten Volkes und der geschändeten Schöpfung lesen. Sie müssen den Konflikt mit den Mächtigen und den Plünderern der Schöpfung wagen, damit alle das Leben haben. Darum müssen die Kirchen den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung neu beleben und in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Dabei müssen sie ihre Kirchenmauern unverzüglich überwinden und Allianzen bilden mit den Opfern und den mit diesen solidarischen Bewegungen.

Wir rufen die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe dazu auf, einen Bund gegen die herrschende Weltordnung zu schließen und in Wort und Tat entschieden Widerstand zu leisten.

Deshalb erneuern wir zurückliegende Beschlüsse der ökumenischen Bewegung und fordern im Einklang mit Papst Franziskus: Wir brauchen eine Ökumene der Religionen, Glaubensgemeinschaften und aller Menschen zum Schutz der Mutter Erde und aller, die diese schöne Erde bewohnen. Die Zeit drängt.

UNTERZEICHNER

Erstunterzeichner*innen / First signatories:

Bischof Antonio Ablon (Philippinen), Prof. Dr. Sigurd Bergmann (Norwegen), Prof. Dr. Arturo Blatezky (Argentinien), Dr. Karen L. Bloomquist (USA), Prof. Dr. Allan Boesak (Südafrika), Prof. Dr. Nancy Cardoso Pereira (Brasilien), Dr. Beat Dietschy (Schweiz), Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Rev. Dr. Chris Ferguson (Kanada), Dr. Aruna Gnanadason (Indien), Dr. David L. Gosling (Großbritannien), Martin Gück, Rev. Dr. Jooseop Keum (Singapur), Prof. Dr. Mathew Koshy Punnackadu (Indien), Dr. Marthie Momberg (Südafrika), Dr. Rogate R. Mshana (Tansania), Dr. Nicolás Pannotto (Chile), Fr. Wilfredo Ruazol (Philippinen), Prof. Dr. Franz Segbers, Prof. Dr. Seong-Won Park (Südkorea), Rev. Dr. Tioti Timon (Kiribati), Dr. Rob van Drimmelen (Belgien), Antonella Visintin (Italien)

Kontakt

info@casa-comun-2022.de
Twitter: @CasaComun2022
facebook.com/casacomunkarlsruhe
<https://casa-comun-2022.de>

Beitrag des Freundeskreises für den Ökumenischen Informationsdienst im Sept. 22

Der Ökumenische Bildungs-Workshop in Karlsruhe

von Gert Rüppell und Werner Gebert

Foto: WCC



Der Freundeskreis hat im Zusammenhang mit der 11. Vollversammlung des ÖRK am 3. September seinen Bildungsworkshop zu ökumenisch verantwortetem Lernen im sehr gut besuchten casa comun-Haus (Stadtkloster St. Franziskus) abgehalten. Zu Beginn gab es einen „Moment der Stille im Gedenken anführende Lainen und Laien der Ökumenischen Bewegung“, darunter J.R. Mott, der 1895 den Christlichen Studentenweltbund mitbegründet, 1910 die

Weltmissionskonferenz in Edinburgh geleitet und auch an der Gründung des Ökumenischen Rates 1948 mitgewirkt hat. Ferner hat man an die Inderin Sarah Chakko, Co-Direktorin von Bossey und Mitverfasserin der Amsterdamer Botschaft von 1948, gedacht sowie an J.H. Oldham, dem „Aufdecker rassistischer Strukturen in kirchlich/missionarischer Arbeit“ und an Elisabeth Adler, die als Reise-Sekretärin der Evang. Studentengemeinde in der DDR Verbindungen zur weltweiten Ökumene geknüpft hat (s. Erev-Rav Verlag 2022, ...dass du wieder jung wirst wie ein Adler).

Zunächst haben Gert Rüppell und Werner Gebert den zunehmenden **Abbau der ökumenischen Bildungsarbeit** im ÖRK dargestellt, darunter die Sonntagsschularbeit, die Aufbaulager und die Laien-Fortbildungskurse (CLLT). Dieser Rückgang, der vor allem wegen zurückgehender Zuschüsse der Mitgliedskirchen vorgenommen werden musste, hat den Bekanntheitsgrad des ÖRK und seiner Programme erheblich eingeschränkt. Er ist aber auch Ausdruck programmatischer Konzentration der Bildungsarbeit des ÖRK auf den akademischen Bereich (Bossey). Die Mehrzahl der Christen weiß nichts über die ökumenische Bewegung, über die Wichtigkeit der Katholizität unseres Glaubens. Damit ist aber auch, gerade auch in deutschen Gemeinden, das Kirchenverständnis auf das Parochiale zusammengeschrumpft. Ein Bewusstsein für die christliche Identität im Horizont „Einheit der Menschheit und Einheit der Kirchen“ ist weitgehend verschwunden. Das Plädoyer für eine ökumenische Zukunft war besonders über seine Sommeruniversitäten stets bemüht in Deutschland einem solchen Trend entgegenzuwirken. Als eine unserer neueren Ansätze hat der Freundeskreis in den letzten Monaten eine umfangreiche **Website zur ökumenischen Bildung** erstellt. Sie enthält deutsche und englische Texte und ist zu finden unter www.freundeskreis-plaedoyer.de. Hier könnte mehr Lehrmaterial zum „download“ eingestellt werden.

Die Teilnehmenden am Workshop, darunter der württembergische Altlandesbischof Eberhardt Renz, und Günther Rath, der viele Jahre in Genf für die Finanzen zuständig war, bestritten zwar nicht den geschilderten Abbau der Bildungsarbeit, verwiesen aber mit Beispielen aus der eigenen Arbeit und Erfahrung auf die Tatsache, dass an vielen Stellen

weltweit differenzierte ökumenische Bildungsarbeit stattfindet. So geschieht Laienfortbildung nach wie vor in den Akademien und Bildungszentren, auch sind viele Zentren mit sozialen Schwerpunkten wie etwa ARCHE ökumenisch (transkonfessionell) ausgerichtet. Die Weltgebetstags-Arbeit mit ihren Perspektiven in Kirche, Ökumene sowie interreligiöse Dialoge und Schulungslager für junge Menschen, sind solche Beispiele. Viele Mitgliedskirchen bieten Bildungsprogramme an, z.B. die Dienste für Mission, Ökumene und Entwicklung (DiMOE), bedürfen jedoch eines Koordinierungsdialoges, wie ihn ein Bildungsprogramm im ÖRK leisten könnte, um gegenseitig Ideen und Erfahrungen auszutauschen. Aus der früheren Arbeit der Laienzentrierten Bildungsarbeit im ÖRK wurde hierzu ein Videoausschnitt eines CLLT aus dem Pazifik gezeigt.

In vielen Gemeinden haben sich Gruppen zusammengefunden, die Nachhaltigkeit im Gemeindeleben zu fördern versuchen. Viele Gemeindeglieder beteiligen sich an zivilen Projekten wie z. B. Fridays for Future. Zentral bleibt jedoch eine Rückfütterung in das Selbstbewusstsein, die Identität der Ortsgemeinde und der Lokalkirche. Hierzu müssen Initiativen in Synoden und regionalen Kirchentagen gestartet werden.

Ökumenische Bildung verändert die Menschen: *„Sie denken anders, fühlen anders, sie handeln anders, sie streiten anders, geben ihre Geld anders aus, ihre Wertskalen und Prioritäten haben sich geändert“*. (Ernst Lange)

Der Workshop diskutierte auch, wie mit dem Widerspruch von strukturellem Abbau und Einzelinitiativen in Gemeinden umgegangen werden sollte. Der Freundeskreis hatte zur Vollversammlung einen „Call“ mit der Bitte um Wiederbelebung der Laienbildung artikuliert und versucht in den Prozess der Beschlussfassung einzubringen. Es wurde jedoch im Verlauf der Diskussion deutlich, dass die Chancen darauf, den Abbau rückgängig machen zu können, als gering eingeschätzt wurden, da der ÖRK in wachsendem Maße keine Mittel bekommen wird, um vorhandene Strukturen entsprechend zu erweitern. Vielmehr sollte an die Mitgliedskirchen und hier in Deutschland sowohl regional wie zentral, appelliert werden, die Ökumene zu einem Schwerpunkt ihrer eigenen Bildungsarbeit (Konfirmanden-, Religionslehrerausbildung u.ä) zu machen, mit der Kirche sich primär an die Mehrzahl der Christen in Gemeinden, die Laiinnen und Laien richtet. Gemeinden dürfen sich heute, nicht nur wegen der Flüchtlingsfragen, sondern auch wegen interreligiöser Migration, nicht auf sich selbst konzentrieren; sie muss aus den Erfahrungen der Menschheit und der Weltchristenheit lernen, die ganze Welt mit ihren Problemen und Herausforderungen in den Blick zu nehmen. Denn Gott hat die Welt geliebt (Joh. 3,16).

Der Freundeskreis beabsichtigt im Nachklang zu diesem workshop ein in Karlsruhe bereits begonnenes Gespräch mit den Evangelischen Akademien zu führen, um Aktionsmöglichkeiten auszutesten. Darüber hinaus wird im Oktober Pro Ökumene ein Heft über die Vollversammlung in Karlsruhe herauszubringen, bei dem die Bildung auch eine wichtige Rolle spielen wird.

Erklärung der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung* angenommen auf dem Treffen am Internationalen Tag des Friedens am 21. September 2022.

Wir, die ukrainischen Pazifist*innen, fordern und engagieren uns für die Beendigung des Krieges mit friedlichen Mitteln und das Menschenrecht auf Kriegsdienst-verweigerung aus Gewissensgründen zu schützen.

Frieden, nicht Krieg, ist die Norm des menschlichen Lebens. Krieg ist ein organisierter Massenmord. Unsere wichtigste Pflicht ist, dass wir nicht töten. Heute, wo der moralische Kompass überall verloren geht und die selbstzerstörerische Unterstützung für Krieg und Militär zunimmt, ist es besonders wichtig, dass wir den gesunden Menschenverstand bewahren, unserer gewaltfreien Lebensweise treu bleiben, Frieden schaffen und friedliebende Menschen unterstützen.

Die UN-Generalversammlung verurteilte die russische Aggression gegen die Ukraine und forderte eine sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine und betonte, dass die Konfliktparteien die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht achten müssen. Wir teilen diese Position.

Die derzeitige Politik des Krieges bis zum absoluten Sieg und die Missachtung der Kritik von Menschenrechtsaktivist*innen ist inakzeptabel und muss sich ändern. Was wir brauchen, sind ein Waffenstillstand, Friedensgespräche und ernsthafte Bemühungen, die tragischen Fehler zu korrigieren, die auf beiden Seiten des Konflikts gemacht wurden. Eine Verlängerung des Krieges hat katastrophale, tödliche Folgen und zerstört weiterhin die Gesellschaft und die Umwelt nicht nur in der Ukraine, sondern in der ganzen Welt. Früher oder später werden sich die Parteien an den Verhandlungstisch setzen, und wenn nicht aufgrund ihrer rationalen Entscheidung, dann unter dem Druck des unerträglichen Leids und der völligen Erschöpfung, die man durch die Wahl des diplomatischen Weges besser vermeiden sollte.

Es ist ein Fehler, sich auf die Seite einer der kriegführenden Armeen zu stellen. Es ist notwendig, sich auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu schlagen.

Selbstverteidigung kann und sollte mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden erfolgen. Jede brutale Regierung ist illegitim, und nichts rechtfertigt die Unterdrückung von Menschen und das Blutvergießen für die illusorischen Ziele der totalen Kontrolle oder der Eroberung von Territorien. Niemand kann sich der Verantwortung für sein eigenes Fehlverhalten entziehen, indem er sich darauf beruft, Opfer des Fehlverhaltens anderer zu sein. Falsches und sogar kriminelles Verhalten einer Partei kann nicht die Konstruktion eines Mythos über einen Feind rechtfertigen, mit dem es angeblich unmöglich ist zu verhandeln und der um jeden Preis vernichtet werden muss, einschließlich der Selbstzerstörung. Der Wunsch nach Frieden ist ein natürliches Bedürfnis eines jeden Menschen. Er darf aber keine negative Beziehung zu einem mysteriösen Feind rechtfertigen.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen war in der Ukraine nicht einmal in Friedenszeiten nach internationalen Standards gewährleistet, ganz zu schweigen unter den derzeitigen Bedingungen des Kriegsrechts. Der Staat hat es jahrzehntelang auf schändliche Weise vermieden, auf die einschlägigen Appelle des UN-Menschenrechtsausschusses und die öffentlichen Proteste ernsthaft zu reagieren, und tut dies auch heute noch. Obwohl der Staat dieses Recht nicht einmal in Kriegszeiten oder anderen öffentlichen Notlagen außer Kraft setzen kann, wie es im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) heißt, weigert sich die Armee in der Ukraine, das allgemein anerkannte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu respektieren. Sie verweigert durch die Mobilmachung sogar den Ersatz des Zwangsdienstes durch einen alternativen, nicht-militärischen Dienst, wie es die ukrainische Verfassung direkt

vorschreibt. Eine solche skandalöse Missachtung der Menschenrechte darf in der Rechtsstaatlichkeit keinen Platz haben.

Staat und Gesellschaft müssen der Willkür und dem Unrechtsbewusstsein der ukrainischen Streitkräfte ein Ende setzen, die sich in einer Politik der Schikanen und der Strafverfolgung bei Verweigerung des Kriegseinsatzes und der erzwungenen Umfunktionierung von Zivilisten zu Soldaten äußern. Dadurch können sich Zivilisten weder innerhalb des Landes frei bewegen noch ins Ausland gehen, selbst wenn sie vitale Bedürfnisse haben, um sich vor Gefahren zu retten, eine Ausbildung zu erhalten, Mittel für den Lebensunterhalt, die berufliche und kreative Selbstverwirklichung usw. zu finden.

Die Regierungen und Zivilgesellschaften der Welt schienen der Geißel des Krieges hilflos ausgeliefert zu sein, da sie in den Strudel des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland und der allgemeinen Feindschaft zwischen den NATO-Ländern, Russland und China hineingezogen wurden. Selbst die Androhung der Vernichtung allen Lebens auf dem Planeten durch Atomwaffen hat dem verrückten Wettrüsten kein Ende gesetzt, und der Haushalt der UNO, der wichtigsten Institution für den Frieden auf der Erde, beläuft sich auf nur 3 Milliarden Dollar, während die weltweiten Militärausgaben um das Hundertfache höher sind und einen gigantischen Betrag von 2 Billionen Dollar überschritten haben. Aufgrund ihrer Neigung, massenhaftes Blutvergießen zu organisieren und Menschen zum Töten zu zwingen, haben sich die Nationalstaaten als unfähig erwiesen, eine gewaltfreie demokratische Regierung zu führen und ihre grundlegenden Funktionen zum Schutz des Lebens und der Freiheit der Menschen zu erfüllen.

Die Eskalation der bewaffneten Konflikte in der Ukraine und in der Welt ist unserer Meinung nach darauf zurückzuführen, dass die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Systeme, das Bildungswesen, die Kultur, die Zivilgesellschaft, die Massenmedien, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Führungspersonalitäten, die Wissenschaftler*innen, die Expert*innen, die Fachleute, die Eltern, die Lehrer*innen, die Mediziner*innen, die Denker*innen, die schöpferischen und religiösen Akteur*innen ihren Aufgaben zur Stärkung der Normen und Werte einer gewaltfreien Lebensweise nur unvollständig nachkommen, so wie es in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über eine Kultur des Friedens vorgesehen ist, das von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde. Beweise für die vernachlässigten friedensfördernden Aufgaben sind die archaischen und gefährlichen Praktiken, die beendet werden müssen: militärisch-patriotische Erziehung, Wehrpflicht, Fehlen einer systematischen öffentlichen Friedenserziehung, Kriegspropaganda in den Massenmedien, Unterstützung des Krieges durch Nichtregierungsorganisationen, Widerwillen einiger Menschenrechtsaktivist*innen, sich konsequent für die volle Verwirklichung des Menschenrechts auf Frieden und auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen einzusetzen. Wir erinnern die Akteur*innen an ihre friedensstiftenden Pflichten und werden unnachgiebig auf die Einhaltung dieser Pflichten pochen.

Wir sehen es als Ziel unserer Friedensbewegung und aller Friedensbewegungen der Welt an, das Menschenrecht auf Verweigerung des Tötens aufrechtzuerhalten, den Krieg in der Ukraine und alle Kriege in der Welt zu beenden und nachhaltigen Frieden und Entwicklung für alle Menschen auf dem Planeten zu sichern. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir die Wahrheit über das Böse und den Betrug des Krieges sagen, praktisches Wissen über ein friedliches Leben ohne Gewalt oder mit deren Minimierung lernen und lehren, und wir werden den Benachteiligten helfen, insbesondere denjenigen, die von Kriegen und ungerechtem Zwang zur Unterstützung der Armee oder zur Teilnahme am Krieg betroffen sind.

Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und uns für die Beseitigung aller Kriegsursachen einzusetzen.

Christ*innen sagen Nein zu Waffenlieferungen und Aufrüstung

Einige Pfarrer*innen und Theolog*innen aus dem Raum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg haben die nun veröffentlichte Erklärung gegen Waffenlieferung und Aufrüstung erarbeitet. Wir laden damit zur Unterstützung, Diskussion und Weiterverbreitung ein.

Wir sind entsetzt über die Opfer des Krieges in der Ukraine und verurteilen die russische Invasion. Sie ist ein Bruch des Völkerrechts. Das Morden muss aufhören. Wir fragen uns, was der Beitrag von Christ*innen zum Aufbau von Frieden sein kann.

Der EKD-Friedensbeauftragte Bischof Friedrich Kramer spricht sich deutlich gegen Aufrüstung und gegen Waffenlieferungen aus. Wir unterstützen seine Position in unserer evangelischen Landeskirche Württemberg mit Nachdruck. Aus unserer Sicht war die Politik der Abrüstung der vergangenen Jahre kein Irrtum. Eine Welt ohne Waffen und Krieg muss das Ziel jeglicher christlicher Friedensethik bleiben.

Der Geist Jesu, der die Welt versöhnen und einen will, bewegt uns zu dieser Vision. Als Christ*innen rufen wir, wie die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen¹ und die Bischöf*innen in der EKD, zu Verhandlungen und Versöhnung auf.

Die Botschaft Jesu ist nicht mit einer Politik der Aufrüstung in Einklang zu bringen. Eine „Zeitenwende“ als politische Antwort auf den Ukrainekrieg, der einer von vielen Kriegen weltweit ist, weisen wir als einen in die Irre führenden Gedanken zurück. Für Christ*innen ist Jesus Christus die Mitte und Wende der Zeit und aller Zukunft...

Wir bleiben nicht unschuldig. Die Angegriffenen rufen nach aktivem Beistand. Es ist jedoch unsere Aufgabe, sowohl die politisch Verantwortlichen in ihren Bemühungen um Frieden zu bestärken als auch Formen der Friedensarbeit weiterzuentwickeln. Es gibt bewährte und gut erforschte gewaltfreie Formen von Konfliktlösungen. Aufgabe der Kirchen ist es, diese zu fördern, der Militärlogik zu widersprechen und gemeinsam an einer Welt ohne Waffen zu arbeiten...

Die christlichen Kirchen haben in den vergangenen Jahrzehnten von der Botschaft des Evangeliums her für Abrüstung und alternative Sicherheitskonzepte geworben. Im Jahr 2017 wurde die „Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten“ verabschiedet. Die badische Landeskirche startete im Jahr 2019 das Konzept „Sicherheit neu denken“.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist eine umfassende Krise für jegliche Form europäischer Friedenspolitik. Gerade deshalb ist es im Sinne der Botschaft Jesu, wenn wir als Christ*innen nicht der Logik und Ideologie des Krieges verfallen. Entgegen dem momentan herrschenden gesellschaftlichen Diskurs wollen wir weiter für Friedensbemühungen, gegen Waffenlieferungen und gegen Aufrüstung eintreten.

¹ÖRK-Erklärung: "Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa"

Zehn Punkte gegen den Krieg und seine Logik

- 1.** Waffenlieferungen befeuern und verlängern einen grausamen Krieg. Er fordert Tausende von Opfern im Kriegsgebiet und hinterlässt traumatisierte Männer, Frauen und Kinder. Der Ukrainekrieg trägt die Gefahr atomarer Katastrophen und eines Weltkrieges in sich. Weltweite Folgen, wie Hungersnöte und noch unübersehbare Wirtschaftskrisen, fordern ungezählte Opfer auf lange Zeit.
- 2.** Von Hochrüstung profitiert weltweit vor allem die Rüstungsindustrie und ihre Lobby in Form von Milliarden Gewinnen. Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ im deutschen Haushalt sind Ressourcen, die in anderen Aufgabenfeldern fehlen werden, z. B. in der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Klimapolitik.
- 3.** Soldat*innen werden im Kriegsfall zu Held*innen stilisiert, die für ihr Vaterland oder für andere Werte sterben. Das Recht zu desertieren und den Wehrdienst zu verweigern, ist in diesem Krieg auf beiden Seiten nicht gegeben, wie auch das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung.
- 4.** Deutsche Außenpolitik muss auf dem Hintergrund europäischer Geschichte am Ziel einer Friedensordnung im „gemeinsamen Haus Europa“ festhalten. Die deutsche Wiedervereinigung verdankt sich dieser historischen Vision. Verhandlungsoptionen bleiben diplomatisch unabdingbar.
- 5.** Das „Gut-Böse-Schema“ in Politik und Medien greift zu kurz. Putin ist nicht der alleinige „Böse“. Auch die Kriege im Irak und in Afghanistan waren nicht gut. Der Westen hatte Gorbatschow versprochen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Das ist zu konstatieren.
- 6.** Die sozialen Verwerfungen, die aus dem Krieg hervorgehen, sind ein nicht zu verantwortender Preis für die „Verteidigung des Westens und seiner Werte“ in der Ukraine. Den Preis für diesen Krieg bezahlen die Kriegsoffer und auch die Armen in Deutschland, in Europa und in der Welt mit Armut, Not und Tod.
- 7.** Die Menschheitsaufgabe einer Energiewende geht nicht zusammen mit einem heißen Krieg, der neben Menschen auch Ressourcen und Natur vernichtet. Auf unserem Kontinent ist die Energiewende auf lange Sicht nur gemeinsam mit Russland zu schaffen. Sie ist auch weltweit nur gemeinsam zu schaffen.
- 8.** Der Abbruch kultureller, universitärer und auch wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland ist auf Dauer für eine zukünftige Friedens- und Klimapolitik kontraproduktiv. Sanktionen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden, wenn sie den Krieg nicht stoppen und mehr schaden als nutzen.
- 9.** Die Diffamierung von Kriegsgegner*innen und Pazifist*innen durch Medien und Regierung ist undemokratisch. Kirche muss sich deutlicher an die Seite der Kriegsgegner*innen stellen, auch wenn sie deren Positionen nicht teilt.
- 10.** Das Gebot Du sollst nicht töten bleibt für uns unaufhebbar. Daher setzen wir uns in unserer Kirche für gewaltfrei-aktive Methoden der Verteidigung ein, wie es sie in der Geschichte, auch in Osteuropa, vielfach schon gegeben hat. Wir fühlen uns nach wie vor der Erklärung der evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten verpflichtet.

„Meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt.“ Johannes 14,27

Die Stellungnahme kann mitunterzeichnet werden bei friedenspfarramt@elk-wue.de

Evangelische Akademie Bad Boll

Andacht: 7. Oktober 2022

Erzbischof Emeritus Friedrich Brauer (Evang. Luth. Kirche in Russland) / Pfarrerin
Heike Bosien (DiMOE)

Vorspiel LKMD Matthias Hanke

Votum

Jedes Erwachen ist ein Neubeginn
Neu wahrnehmen, was vorher war
Neu sehen hören riechen schmecken
Für neues Wirken
Neue Möglichkeit
Zu neuem Fehlen auch
Und zum Verzeihen
So schüttele ab den Schlaf
Des Todes Bruder....
Als Erwachte tritt
In deinen Tag getrost
Und voller Zuversicht
Dass der dich weckte
Dich geleiten wird
Und sage Dank, dass diese Zeit
Dir noch gegeben ist.

Lasst uns feiern im Namen Gottes, der unsere Zeit in seinen Händen hält.

AMEN

Einen wunderschönen guten Morgen allen zusammen hier in Bad Boll.
Wir beginnen unsere Tagung in dieser Kapelle und wir stimmen uns ein mit
dem Lied, dass uns die letzten Monate begleitet hat. Christi Liebe bewegt die
Welt

Lied: Christi Liebe bewegt die Welt (Per Harling) (1x Deutsch, 1x Englisch)

Theme of the 11th Assembly of the WCC

Per Harling

C ♩ = 90 Em F C F C Am

Christ's love moves the world to re - con - ci - li - a - tion and
 Chris - ti Lie - be bewegt die Welt, zur Ein - heit und Ver - söh - nung be -
 L'a - mour du Christ mè - ne le monde à la ré - con - ci - lia - tion et
 Cris - to nos im - pul - sa en a - mor a re - con - ci - lia - ción y a

Dm⁷ G(sus4) G⁷ F E⁷ Am

u - ni - ty. In Christ's love, there
 reit zu sein. In Chris - ti Lie - be da
 à l'u - ni - té. En ce Dieu d'a -
 la u - ni - dad, no hay te - mor en Cris - to

F C F Dm G⁷ C

is no fear. The Spi - rit helps us to be bold and free!
 ist kei - ne Furcht. Der Geist hilft uns, be - herzt und frei zu sein.
 mour, point de peur; nous vi - bre - rons de sa li - ber - té.
 y su a - mor, su Es - pí - ri - tu es fuer - za y li - ber - tad.

Music and words © 2020 Per Harling. German © Hartmut Handt, Germany. French: David Fines © 2020 WCC, Geneva, Switzerland.
 Spanish © 2019 Gerardo Oberman, Argentina.

Wir beten gemeinsam mit Worten des **121. Psalms**

L.: Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen. Woher kommt mir Hilfe?

**G.: Meine Hilfe kommt vom Herrn,
der Himmel und Erde gemacht hat.**

L.: Er wird deinen Fuß nicht gleiten lassen,
und der dich behütet, schläft nicht. Siehe, der Hüter Israels schläft und
schlummert nicht.

**G.: Der Herr behütet dich; der Herr ist
dein Schatten über deiner rechten Hand.**

L.: Dass dich des Tages die Sonne nicht
steche noch der Mond des Nachts.

**G.: Der Herr behüte dich vor allem Übel,
er behüte deine Seele.**

L.: Der Herr behüte deinen Ausgang und
Eingang von nun an bis in Ewigkeit!

Lied: EG 454, 1-6 Auf und macht die Herzen weit

Schriftlesung : Lukas 10,25-37

**DIE FRAGE NACH DEM EWIGEN LEBEN. DER BARMHERZIGE
SAMARITER**

Geistlicher Impuls zu Lukas 10,25-37

Erzbischof Emeritus Dietrich Brauer

Liebe Schwestern und Brüder,

Es gibt ein Internet-Meme mit der Überschrift: jeder hat seine Weltsicht. Abgebildet sind da eine Biene, eine Fliege und eine Mücke. Die Biene denkt bei sich: ringsum sind lauter Blumen und süßer Nektar. Die Fliege sagt: Mist, überall nur Mist. Und die Mücke meint: Blut! Ständig fließt Blut.

Wir sind keine Insekten, wir sind Menschen. Aber etwas davon kann auch für uns stimmen. So, kann es sein, dass wir die Welt a la Giuseppe Arcimboldo sehen. Sodass ein Chemiker dazu tendiert, den Menschen als eine Zusammensetzung von chemischen Elementen zu betrachten. Ein Chirurg neigt dazu, ihn als Körperteile und Organe zu betrachten. Ein Künstler hat vor allem die sinnlichen Elemente im Blick. Ein Militär denkt in Einheiten und Kontingenten. Ein Politiker sieht durch das Prisma

der Wählerschaft und der Parteien. Und ein Diktator... Bei ihm bleibt alles beim Alten. Er sieht im Menschen nach wie vor nur ein Instrument für den Machterhalt. Nur ein Schraubchen in der Mechanik des Systems. Futter für den unersättlichen Moloch. Und das, was ihm nicht schmeckt, spuckt er aus. Rücksichts- und erbarmungslos. Ganz egal ob es sich dabei um einen evangelischen Erzbischof, Oberrabbiner von Moskau, orthodoxen Metropoliten oder einfach junge Menschen im Einberufungsalter handelt.

Auf Dinge einmal mit anderen Augen zu sehen fällt einem nicht leicht, ist aber durchaus notwendig.

Der Samariter aus dem berühmten Gleichnis handelt unvorbereitet und spontan, ohne nach Ursachen und Konsequenzen zu fragen. Zumal die Räuber, die jemand überfallen, auch niemand zuvor fragen.

Der Barmherzige interessiert sich nicht etwa dafür, warum dieser russische verwundete Soldat von seinen Kommandeuren an die vorderste Front als Kanonenfutter geschickt wurde, um dort zu sterben. Ob er freiwillig den Befehlen folgte. Ob, nachdem er jetzt selbst von seinen eigenen Popen ausgeliefert wurde, noch etwas von Fremden erwarten kann.

Diese Fragen beschäftigen den Samariter nicht. Er ist bereit, seine Perspektive zu wechseln, seinen Blick auf das Opfer zu richten. Und zu versuchen sich in seine Lage hineinzusetzen, die ganze tragische Logik des Augenblicks irgendwie zu überwinden. Und es gelingt ihm, Heil statt Fluch zu bringen. Es passiert auf den ersten Blick nichts Heldenhaftes. Aber gerade genug für die Sache Gottes, für ein echtes Wunder. Und wir verstehen, dass das, was Gott von uns erwartet, bereits in unsere Menschenherzen und Hände hineingelegt ist.

Nichts Besonderes habe ich getan – hat zu mir der Arzt gesagt nach der Operation von meiner Tochter. Das sagen doch auch Feuerwehrleute und Polizisten nach einem Einsatz. Auch Menschen, die die Geflüchteten aus der Ukraine unter ihren Dächern beherbergen, ihnen nach Kräften helfen, sich um sie kümmern. Und nicht zuletzt die Verantwortungsträger, die schwere Entscheidungen treffen, um den unter Räuber Gefallenen angemessenen Schutz zu gewähren.

Es ist dennoch immer wieder etwas Besonderes, wenn es uns gelingt, aus dem aufgedrängten Teufelskreis hinauszufinden. Wenn das Licht der Empathie und der Menschlichkeit angesichts des frommen Ausschweigens und Entgehens jener Priester und Leviten nicht erlischt.

Vielleicht ist unser Licht nicht allzu stark, vielleicht leuchtet es sogar nur einen Augenblick. Aber dieser Augenblick zählt. Denn er verwandelt uns und hält den Glauben wach. Sodass wir den Glauben an Gott und ebenso an Menschen nicht verlieren. Unsere Augen vor Angst nicht schließen, sondern dem Räuber zum Trotz einander mit neuen, offenen und liebevollen Augen sehen. Lied:

25. My peace I give unto you

My peace, my peace I give un - to you. My peace, my peace I
 Frie - den, Frie - den geb' ich euch, lass ich euch. Frie - den, Frie - den geb' ich

give, al - le - lu - ia. 1. As the flow - ers bloom in the field let us
 euch, Ha - le - lu - ja. 2. Like the birds that soar in the air, nev - er
 1. Wie die Blu - men blühen auf dem Feld, wach - sen
 2. So, wie Vö - gel ziehn ü - ber uns, un - be-

grow in Je - sus' peace, plant - ing in the world seeds of
 fear or have a care, fly now, high as on wings of
 wir in Je - su Geist, tra - gen in die Welt Glau - bens-
 sorgt, ge - trost und frei, tra - gen Flü - gel uns zum Frie - den

faith, seeds of hope and seeds of love.
 faith, spread - ing jus - tice ev - ery - where.
 kraft, Hoff - nungs - saat und Lie - bes - glut.
 hin, säen Ge - rech - tig - keit da - bei.

Music and English: 2012 WCC.



<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>

German: Eugen Eckert © 2012 EMS, Vogelsangstr. 62, D-70197 Stuttgart & WCC, P.O. Box 2100, CH-1211 Geneva 2.

Fürbitten:

1. Gott des Friedens und der Barmherzigkeit: Es ist Krieg, und dieser Krieg erreicht unser Land, unseren Alltag, unsere Gedanken. Wir erkennen Sicherheiten als Illusionen und streiten nun darum, was zu tun ist. Wende du den Lauf dieser Zeit und sende Deinen Geist, der uns auf Dich und Deinen Willen ausrichtet.

Wir rufen zu Dir: Kyrie: 178.12

2. Sende Deinen Geist in die Herzen derer, die befehlen und derer, die ausführen: Gib Tapferkeit zu Widerspruch und Umkehr, und stärke die Kunst, Brücken zu bauen, wo diese gesprengt und abgebrochen werden. Wir bitten für die Menschen, die in den Kriegs-Gebieten dieser Welt leben: Dass die Waffen schweigen und aus Konfrontation Begegnung und Verständigung erwachsen.

Wir rufen zu Dir: Kyrie....

3. Wir bitten Dich für die Menschen, die trotzig ihre Hoffnung auf Veränderung nicht aufgeben. Wir bitten Dich für die Stärkung und Ermutigung für die Menschen, die anderen beistehen, die die Bedürftigen versorgen – für all die Zeichen deiner Güte, Barmherzigkeit und Treue. Wir bitten Dich für die Gemeinschaft der Kirchen und der Religionen über alle Grenzen hinweg. Stärke ihre Stimmen für Frieden und Gerechtigkeit und die Bewahrung Deiner Schöpfung.

Wir rufen zu Dir: Kyrie....

Aus Deinen Händen empfangen wir jeden Tag unseres Lebens und so höre unsere Bitten in den Worten, die uns mit allen Christen auf dieser Welt verbinden:

VATER UNSER

Lied: El Amor the Cristo

Gerardo Oberman

Allegro

El a - mor de Cris - to lle - va al mun - do
 Christ can move the world to re - con - cile - it,
 Chris - ti Lie - be be - wegt uns - re Er - de
 Par l'a - mour, le Christ con - duit le mon - de

a la re - con - ci - lia - ción ya la u - ni - dad.
 with u - ni - ty that can make the bro - ken whole.
 zur Ein - heit, Ver - söh - nung, zur Hei - lung der Welt.
 à la ré - con - ci - lia - tion, à l'u - ni - té.

E - se a - mor tam - bién es es - pe - ran - za, u -
 Love can move the world to un - de - file it, and
 Die - se Lie - be ist auch uns' - re Hoff - nung, un -
 Par l'a - mour, le Christ of - fre à ce mon - de paix,

na nue - va can - ción que nos da paz. Pa pa ra pa pa, pa pa ra ra
 lead us to peace, our hope, our song, our goal.
 ser neu - es Lied, das uns den Frie - den gibt.
 jus - ti - ce et joie en tou - te li - ber - té.

ra, pa pa ra ra ra, pa pa ra ra ra, pa pa ra ra ra. Pa pa ra pa
 pa, pa pa ra ra ra, pa pa ra ra ra, pa pa ra ra ra, pa pa ra ra ra.

Music: Gerardo Oberman © 2019 Gerardo Oberman, Argentina. Words: 11th WCC Assembly Theme. English © 2020 Terry MacArthur, Switzerland.
 German: Fritz Baltruweit © 2020 tvd-Verlag, Düsseldorf, Germany. French: Christian Kempf © 2021 WCC, Geneva, Switzerland.

Segen

Geht nun mit Demut, Sanftmut und Geduld und habt Nachsicht

miteinander in der Liebe...

**Der Segen Gottes, des Allmächtigen, des Vaters und des Sohnes und
 des Heiligen Geistes, sei mit uns, heute und alle Tage bis in Ewigkeit.**

AMEN

Ernst Lange, Die Ökumenische Utopie

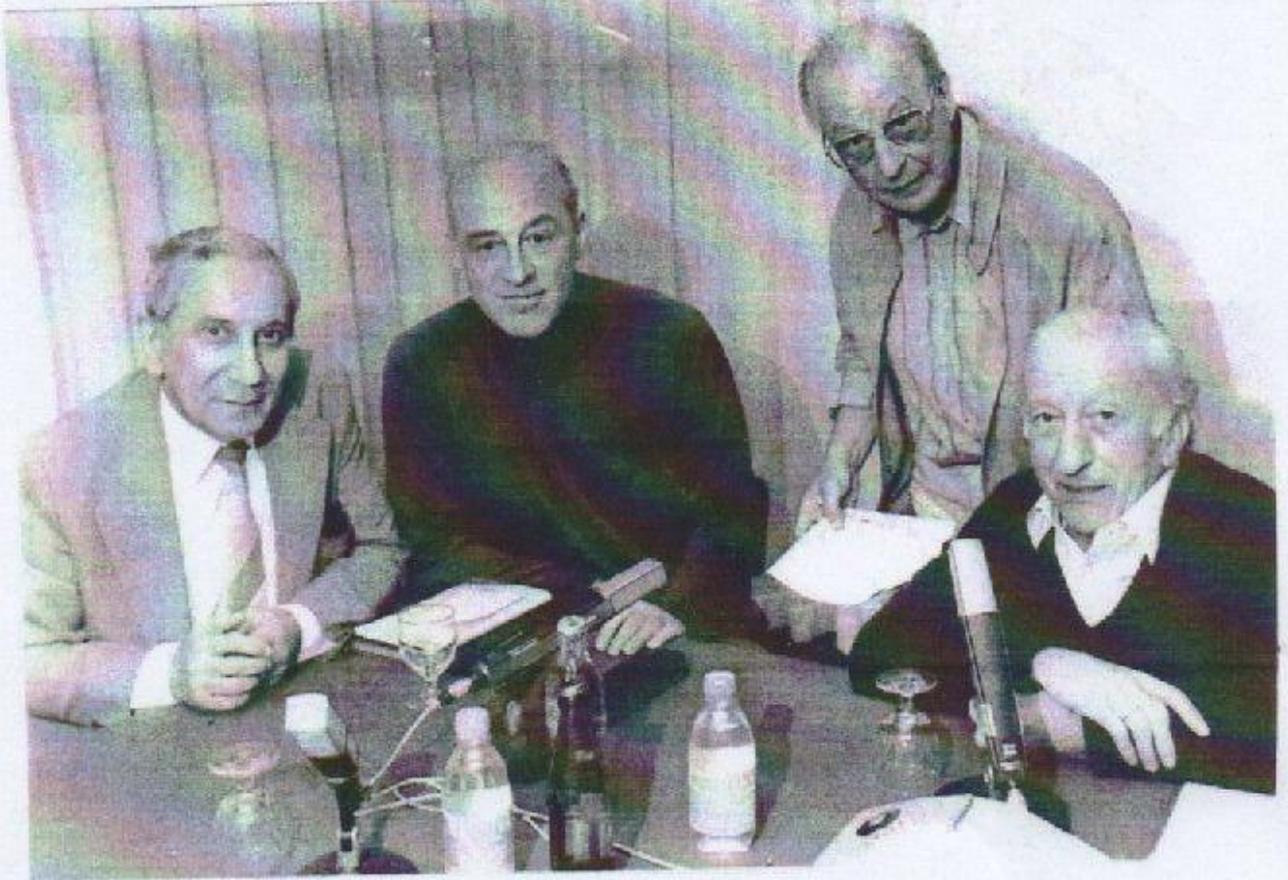
„Die ökumenische Bewegung ist eine Art Tagtraum weniger für die vielen, und die Frage ob dieser Tagtraum letztlich ein Wahrtraum oder eine Illusion gewesen sein wird, muß vorerst offenbleiben.

Daß er unabsehbare Wirkungen hat, heute schon und überall auf der Welt, läßt sich keinesfalls bestreiten. Dieser Traum hat wahrscheinlich Tausende von Leben gerettet, Millionen Flüchtlinge beherbergt, Kranke geheilt bis hinein in das Herz des Dschungels, Schulen und Universitäten errichtet, Friedensvorstellungen ermöglicht, auch wo heute niemand mehr davon spricht. Dieser Traum hat Sprache produziert für die ganze Menschheit, ohne ihn gäbe es zum Beispiel den wichtigsten Konsensustext dieses Jahrhunderts nicht : Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dieser Traum hat auch viele Christen und ihre Organisationen grundlegend geändert, wenn auch auf eine merkwürdige, ungreifbare Weise. Sie denken anders, sie fühlen anders, sie handeln anders, sie streiten sich anders, geben ihr Geld anders aus, ihre Wertskalen und Prioritäten haben sich geändert.

Die Veränderung kann man greifen, das Verändernde kaum. Ein paar tausend Menschen haben Reisen gemacht und an internationalen Begegnungen teilgenommen. Riesige Bibliotheken sind von Ökumenikern seit 1910 produziert worden. Sie stauben allmählich ein und werden wenig gebraucht. In den Büchern findet man das Verändernde nicht, jedenfalls nicht auf den ersten Blick, auch nicht in den Büchern von „Glauben und Kirchenverfassung“ (Ernst Lange, Die Ökumenische Utopie oder Was bewegt die ökumenische Bewegung, Stuttgart 1972, 25f)



Foto: WCC



Im kleinen Genfer ÖRK-Studio bei einer Sendung zum 40. Geburtstag des ÖRK. Mit Generalsekretär Emilio Castro, Prof. Lukas Vischer, langjähriger Direktor der Abt. für ‚Glauben u. Kirchenverfassung‘, HJ. Girock, SWE/Kirchenfunk und Werner Simpfendörfer, engagierter und kritische deutscher Ökumeniker

Lieber Herr Gebert,

dieses Foto fand ich bei ‚Aufräumarbeiten‘ und dachte, dass es in Ihrem Kreise ein paar Augenblicke der Erinnerung wachrufen könnte. Nicht zuletzt an Werner, auf dessen Teilnahme an diesem Gespräch ich besonderen Wert gelegt hatte. Ich werde Ihnen nicht begründen müssen, warum. Die Zahl der Deutschen, die nachhaltig und mit vollem Einsatz sich für die Weiterentwicklung der Ökumenischen Bewegung eingesetzt haben, war ja damals, gemessen an den 40 Jahren davor, bedauerlicherweise doch schon ziemlich geschrumpft. Und mit Werners Denken hatte mich seit langem besonders viel verbunden.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen dafür danken, dass ich immer noch auf der Adressenliste Ihres Kreises stehe, obwohl ich doch – leider von Anfang an – eine ‚Karteileiche‘ gewesen bin. Ich verfolge Ihre Arbeit nach wie vor mit großem Interesse und mit viel Zustimmung. So auch Ihren jüngsten Versuch, der bevorstehenden Vollversammlung mehr Aufmerksamkeit für die ‚Laienarbeit‘ ans Herz zu legen. Besonders berührt haben mich die Nachrufe auf Hildegard Zumach und Elisabeth Adler. Beide habe ich sehr geschätzt und konnte sie auch für die eine und andere Sendung gewinnen. Aber ach, -wie lange ist das schon her, und was ist inzwischen aus der Ökumene geworden. Die Institutionen gibt es ja noch, aber vom Schwung und der Inspirationskraft der ersten Jahrzehnte ist nicht mehr viel zu erkennen. Meine Erwartungen an ‚Karlsruhe‘ halten sich also in Grenzen. Wie gut, dass es so etwas wie ‚Pro Ökumene‘ noch gibt und Ihren Durchhaltewillen.

Gute Wünsche weiterhin und herzliche Grüße ringsum

Das letzte Heft

Dieses Heft ist das letzte, das Werner Gebert redigiert. Seit 2004 haben wir als Redaktionskreis-Team gemeinsam die Schwerpunktthemen festgelegt und weitere Artikel ausgesucht. W. Gebert, 82, hat meistens das Ganze vollends zusammengestellt und mit dem Editorial „Zu diesem Heft“ versehen. Dieses letzte Heft ist in enger Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis des Plädoyer für eine ökumenische Zukunft entstanden. Der Freundeskreis beendet damit auch seine Arbeit – in der Hoffnung, dass Jüngere sich auf ihre Art und Weise in der ökumenischen Bewegung engagieren.

Aller Voraussicht nach wird der neue Vorstand von PRO ÖKUMENE, Heike Bosien, Reinhard Hauff und Cathy Cato, in Zukunft Informationen digital an die Mitglieder und Interessierten weiterleiten, auch mit Hilfe der neu eingerichteten PÖ-Website.

Kostenlose Hefte

Da der Freundeskreis des „Plädoyer für eine ökumenische Zukunft“ seine Bildungsarbeit einstellt, können noch vorhandene Publikationen abgegeben werden. Der Freundeskreis übernimmt die Portokosten.“

Man kann sie in Gemeinden, Schulklassen und Gruppen einsetzen. Vorhanden sind derzeit

ca. 80 Ex. dieses Heftes

ca. 25 Ex. von „Das Erbe Philip Potters für die heutige Zeit 46 S., vom April 2021

ca. 175 Ex. „Texte zur Stuttgarter Schulderklärung“, 28 S., vom Okt. 2020

ca. 150 Ex. von „The New Narrative“, 40 S., vom Mai 2020

ca. 95 Ex. von „Das Neue Narrativ. Es ist Zeit für einen Neubau der Gesellschaft“, 24 S., vom April 2020.

Die Hefte können bezogen werden über

Werner Gebert, Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 07473959898, euw.gebert@t-online.de

Das Freundeskreis-Konto bei der Evang. Bank, IBAN: DE29 5206 0410 0200 414190, wird 2023 aufgelöst.

Termin

Das nächste Forum Ökumene findet am 27. März 2023 statt zu den Themen Rassismus und Antisemitismus - unter Mitwirkung von Dr. Michael Blume, Beauftragter der Landeregierung gegen Antisemitismus.

